

Attlee, und des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, Stalin. Diesem Abkommen trat später Frankreich bei. Mit dem Potsdamer Abkommen haben somit die vier Großmächte vor aller Welt feierlichst dem deutschen Volk versichert, es wieder in die Familie friedliebender Völker aufzunehmen, was schließlich nichts anderes bedeuten kann, als Deutschland das Recht eines Friedensvertrages einzuräumen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitete am 13. Februar 1952 den vier Großmächten, die das Potsdamer Abkommen unterzeichneten, die Bitte, dem deutschen Volk, nachdem nahezu sieben Jahre seit der Kapitulation Hitlerdeutschlands vergangen sind, einen Friedensvertrag zu gewähren.

Man sollte meinen, daß es niemanden in unserem Volk geben würde, der diesen Schritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht aufs wärmste begrüßen würde. Wir erleben nun, daß in die Diskussion um einen Friedensvertrag mit Deutschland die Behauptung hineingeworfen wird, die Sowjetunion trage die Schuld daran, daß mit Deutschland immer noch kein Friedensvertrag abgeschlossen wird.

Wieder einmal sollen die Sowjets schuld sein. Es ist deshalb notwendig, in aller Klarheit einige geschichtliche Tatsachen festzustellen.

Erstens: Die Sowjetunion hat den Krieg nicht gewollt. Sie hat die Hitlergenerale nicht eingeladen, einen „Blitzkrieg“ zur Vernichtung der sozialistischen Heimat, zur Vernichtung von Moskau, Leningrad und Stalingrad durchzuführen.

Zweitens: Die Sowjetvölker haben unter der Führung Stalins den deutschen faschistischen Aggressionsheeren die Abfuhr erteilt, wie sie Stalin vorher angekündigt hatte. Stalin hatte nämlich 1939 ausdrücklich erklärt:

„Wir fürchten keine Drohungen der Aggressoren und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter, die versuchen sollten, die Unantastbarkeit der Sowjetgrenzen zu verletzen, mit einem doppelten Schlag zu antworten.“<sup>1</sup>

Drittens: Ungeachtet der barbarischen, verbrecherischen Krieg-

---

<sup>1</sup> J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 692.

führung der Hitlerarmeen, die den Sowjetvölkern 7 Millionen Tote und 485 Milliarden Dollar Verluste durch wahllos Zerstörung von Städten, Dörfern, Schulen, Krankenhäusern, Lehranstalten kostete, erklärte Stalin am 23. Februar 1943, mitten im Kriege:

„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszuwütten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich ein dummes Gerücht und eine törichte Verleumdung der Roten Armee.“<sup>1</sup>

In diesem gleichen Befehl sprach Stalin die große Hoffnung für uns aus:

„Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“<sup>2</sup>

Viertens: Die Haltung Stalins zum deutschen Volk wurde zur Grundlage der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetregierung gegenüber Deutschland.

Stalin war es, der auf der Potsdamer Konferenz für die Einheit Deutschlands eintrat. Auf Veranlassung Stalins wurden jene Artikel im Potsdamer Abkommen angenommen, die zur Verurteilung der Verantwortlichen für Krieg und Faschismus führten. Damit war uns die Möglichkeit gegeben, den Junkern, den Bankiers und Konzernherren den Boden, die Banken und die Betriebe zu nehmen, mit deren Hilfe sie das deutsche Volk von einem Krieg in den anderen gejagt hatten.

Das Ergebnis dieser konsequenten Friedenspolitik sind solche Betriebe wie das Berliner Glühlampenwerk, die Eigentum des Volkes sind und nie wieder für den Profit von Aktionären produzieren werden.

Fünftens: Seit dem Potsdamer Abkommen hat die Regierung der Sowjetunion auf den Außenministerkonferenzen und auf den Tagungen der Organisation der Vereinten Nationen die Forderung nach einem Friedensvertrag mit Deutschland gestellt. So erklärte bereits am 10. Juli 1946 der damalige Außenminister der Sowjetunion, Molotow, in Paris, daß die Zeit gekommen sei, die

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 99.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 50.

Frage des Schicksals Deutschlands und die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu besprechen. Am 22. März 1947 wiederholte die Sowjetdelegation auf der Außenministerkonferenz in Moskau die Forderung, Deutschland als einheitlichen friedlichen Staat, als eine demokratische Republik mit einem allgemeinen deutschen Parlament und einer Regierung für ganz Deutschland wiederherzustellen. Diese Anträge wurden von den westlichen Besatzungsmächten abgelehnt.

Am 3. Dezember 1947 schlug die Sowjetregierung vor, in zwei-monatiger Frist Entwürfe mit den Grundlagen für den Friedensvertrag mit Deutschland vorzulegen. Auch dieser Antrag wurde von den Westmächten abgelehnt.

Der Grund war klar. Denn ein halbes Jahr später, im Juni 1948, wurde mit der Verkündung der separaten Währungsreform praktisch die Spaltung Deutschlands vollzogen.

Zur gleichen Zeit tagte in Warschau die Konferenz der Außenminister der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder. Auch diese Tagung verlangte den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen.

Auf dieser Konferenz wurde außerdem die Forderung erhoben, ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages alle Besatzungstruppen aus Deutschland zu entfernen. Diese Auffassung der Sowjetregierung wurde zur Richtschnur ihres Handelns. Friedensvertrag mit einem einheitlichen, demokratischen Deutschland, Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages war die Forderung der Sowjetregierung, die sie immer wieder erhob.

Aus diesem Grunde erklärte sich der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Armeegeneral Tschuikow, auch am 10. Oktober 1949 vollständig einverstanden mit der Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Namen der Sowjetregierung übergab Armeegeneral Tschuikow unserer Regierung alle Verwaltungsfunktionen, die bisher der Sowjetischen Militärverwaltung auf Grund des Potsdamer Abkommens zustanden.

Sechstens: Fügen wir noch hinzu, daß der sowjetische Außenminister Wyschinski am 13. November 1951 auf der Tagung der

Organisation der Vereinten Nationen ausdrücklich erklärte, daß die Sowjetregierung den Vorschlag der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland mit anschließender Zurücknahme aller Besatzungstruppen unterstützt.

Aus diesen wenigen Tatsachen geht also eindeutig hervor: Die Sowjetunion hat dem deutschen Volk niemals das Recht auf einen Friedensvertrag versagt. Sie hat im Gegenteil viele Schritte unternommen, um die westlichen Besatzungsmächte zu veranlassen, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die Sowjets keinen Friedensvertrag mit Deutschland wollen. Wahr ist dagegen, daß die westlichen Besatzungsmächte jeder Diskussion über einen Friedensvertrag ausweichen und an Stelle eines Friedensvertrages unsere westdeutsche Heimat immer mehr zum Sprungbrett ihrer aggressiven Absichten gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder verwandeln.

Unter der Führung der USA haben die westlichen Besatzungsmächte Westdeutschland mit dem Besatzungsstatut beglückt. Die Kosten trägt das deutsche Volk. Das sind nicht weniger als 7 bis 8 Milliarden Mark im Jahr. Die USA haben mit Hilfe der Adenauer-Regierung Westdeutschland den Schumanplan aufgezungen. Heute wird schon offen davon gesprochen, daß im Rahmen des Schumanplans westdeutsche Betriebe nach Nordafrika verlagert werden können. Die 700 000 deutschen Arbeiter der Montan-Union können nach dem Willen der Schumanplan-Behörde, wie einstmals zu den Zeiten Dr. Leys, als Fremdarbeiter nach Westfrankreich und Nordafrika zwangsweise verschickt werden.

Zu Besatzungsstatut und Schumanplan kommt jetzt die amerikanische Forderung an die Bonner Regierung zur Aufstellung von 12 bis 14 deutschen Divisionen als sogenannter europäischer Verteidigungsbeitrag. Der Bonner Kanzler Adenauer kehrte in der vorigen Woche mit der Nachricht nach Deutschland zurück: „Wir haben einen sehr großen Erfolg in London erzielt.“ Worin besteht dieser angebliche Erfolg?

1. Westdeutschland darf einen „Verteidigungsbeitrag“ von  $11\frac{1}{4}$  Milliarden Mark zahlen.

2. der Weg zum Generalvertrag ist nun frei, und
3. eine Viermächteinstanz überprüft noch einmal die Urteile gegen deutsche Kriegsverbrecher.

Jede Hausfrau kann sich ausrechnen, was  $11\frac{1}{4}$  Milliarden Mark jährliche Kosten für militärische Ausgaben bedeuten.  $11\frac{1}{4}$  Milliarden Mark bei einer Bevölkerung von 48 Millionen in Westdeutschland sind rund 235 Mark je Kopf der Bevölkerung, Säuglinge, Greise, Erwerbsunfähige, alles mit eingerechnet. Der französische Ministerpräsident hat nach der Festlegung des französischen Beitrages für die sogenannte europäische Verteidigung sofort eine 15prozentige Erhöhung aller Steuern angekündigt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch die Bonner Regierung die Milliardenlast für die sogenannte europäische Verteidigung nur auf dem Weg neuer Steuer- und Preiserhöhungen und Senkung der sozialen Leistungen aufbringen kann. Weitere Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen und die Gefahr einer neuen Inflation, das ist Adenauers großer Erfolg, den er in London erzielte.

Dann erklärte Adenauer, der Weg zum Generalvertrag sei jetzt frei. Jeder kann sich erinnern, daß der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, am 16. Januar vor der Öffentlichkeit Adenauer anklagte, hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen Generalvertrag, der nichts anderes bedeutet als einen Kriegspakt, vorzubereiten. In diesem Generalvertrag ist ein Militärpakt mit Westdeutschland vorgesehen, der westdeutsche Soldaten verpflichtet, in allen Teilen der Welt, wo die USA, England oder Frankreich Krieg führen, für imperialistische Interessen zu kämpfen. Dieser Generalvertrag soll die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten und ebenso die Besetzung Deutschlands für eine unbegrenzte Zeit festlegen.

Als Walter Ulbricht diese Tatsachen bekanntgab, schrie die Westpresse auf und erklärte alles für Schwindel. Sie behauptete mit frecher Stirn, daß Walter Ulbricht von einem Generalvertrag nichts wissen kann, weil ein solcher nicht existiert. Es sind noch nicht fünf Wochen vergangen, und Adenauer kommt aus London mit der Erklärung zurück, jetzt sei der Weg zum Generalvertrag frei, das heißt der Weg zur Versklavung der deutschen Soldaten,

zum Menschenhandel mit deutschen Arbeitern, zum amerikanischen Krieg gegen die friedliebende Welt.

Das ist der zweite Gewinn, den Adenauer in London aushandelte.

Und der dritte ist gleicher Art. Die wenigen Generale und SS-Offiziere, die sich noch in Haft der westlichen Besatzungsmächte befinden, sollen entlassen werden. Das sind die Hitlergenerale und Offiziere, die nachweisbar für den Mord an Hunderttausenden von Menschen aus allen europäischen Ländern verantwortlich sind. Für ihre Freilassung setzt sich Adenauer ein, denn sie werden vom USA-Kommando als Ostspezialisten für den geplanten neuen Überfall auf die Sowjetunion und auf die volksdemokratischen Länder gebraucht.

Es besteht wohl kein Zweifel, daß auch dieser Erfolg Adenauers, den er aus London heimbrachte, sehr fragwürdiger Art ist. Die übergroße Mehrheit unseres deutschen Volkes, die sich so einmütig in diesen Tagen gegen eine Remilitarisierung Westdeutschlands ausspricht, bringt auch damit gleichzeitig zum Ausdruck, daß unsere deutsche Jugend nicht noch einmal unter dem Kommando der Hitlergenerale für den Profit der deutschen und ausländischen Rüstungskonzerne sterben soll.

Es zeigt sich also, daß Adenauers sogenannter Erfolg in London nichts anderes bedeutet als neue Schritte zur Vorbereitung des Krieges, zur Verwirklichung der Aufstellung eines deutschen Heeres, obwohl ihm aus allen Gebieten Deutschlands entgegenhallt: Wir wollen keinen Generalvertrag, wir wollen einen Friedensvertrag.

In diesem Willen unseres Volkes und in diesem berechtigten Streben unseres Volkes, endlich einen Friedensvertrag zu erhalten, werden wir aufs neue durch die Regierung der Sowjetunion unterstützt. Bisher hat nur die Sowjetunion auf den Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, beschleunigt einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, geantwortet. Ihre Antwort ist völlig unmißverständlich. Es heißt nämlich ausdrücklich:

„Die Regierung der UdSSR ist der Meinung, daß der unverzügliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Übereinstimmung

mit den Potsdamer Beschlüssen und unter Teilnahme Deutschlands notwendig ist."<sup>1</sup>

Wenn die Sowjetregierung gleichzeitig erklärt, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland den Interessen aller friedliebenden Völker Europas entspricht, dann drückt sie damit nur die wahre Meinung der Millionen einfacher Menschen in allen Ländern Europas aus. Es ist völlig klar, wie eine französische Mutter auf die Frage antworten wird, was richtiger ist: mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen oder Deutschland die Aufstellung von Divisionen zu befehlen, die von Hitlergeneralen kommandiert werden. Es ist auch völlig klar, daß die polnischen Arbeiter und Bauern wie die sowjetischen Menschen, in Erinnerung an die Schreckenstaten der Hitlerarmeen, alles tun werden, um die Aufrüstung Deutschlands zu verhindern und uns in unserem gerechten Kampf um einen Friedensvertrag zu unterstützen.

Gestützt auf die Hilfe aller friedliebenden Menschen in der Welt kann uns nichts davon abhalten, um unser Recht auf Frieden und Einheit zu kämpfen. Wir dürfen uns auch nicht von der betrügerischen westlichen Propaganda täuschen lassen. Sie findet schöne Worte, daß die Einheit Deutschlands nur in Freiheit wiederhergestellt werden kann. Man muß nur fragen, welche Freiheit sie meint. Dafür gibt es aus den Tatsachen der beiden letzten Tage zwei sehr charakteristische Beispiele. Gestern lasen wir in der Westpresse, daß auf Wunsch von Adenauer 11 Kriegsverbrecher aus dem Zuchthaus entlassen wurden. Der Generalfeldmarschall von Manstein, der wegen erwiesener Verbrechen an der Menschlichkeit zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, bekam Urlaub auf Ehrenwort.

Wenn man in Bonn von Freiheit spricht, dann meint man die Freiheit der Kriegsverbrecher, die Freiheit der Generale, die unser deutsches Volk in einen neuen Krieg jagen wollen.

So hat die trügerische Losung der Adenauer und Schumacher  
Einheit in Freiheit  
den Sinn:

Einheit in Freiheit für die Kriegsverbrecher und  
Einheit in Knechtschaft für die Friedenskämpfer.

---

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 21. Februar 1952.

Hier wird oft die Frage gestellt: Was kann der einzelne tun, damit wir zu unserem nationalen Recht, zu einem Friedensvertrag kommen? Häufig wird auch gesagt, daß die einfache Arbeiterfrau völlig machtlos sei, Krieg oder Frieden werde nicht vom Volk, sondern von den Regierungen bestimmt.

Das ist eine sehr ernste Frage, und deshalb muß man sehr ernst mit allen diesen Menschen, die solche Auffassungen vertreten, sprechen. Man muß sich einmal überlegen, wem eine solche Anschauung dient, daß der einfache Mensch nicht in der Lage sei, den Krieg zu verhindern. Eine solche Meinung dient offensichtlich allen, die an einem Krieg interessiert sind. Das aber sind wiederum nicht die Massen des Volkes, sondern die kleine Gruppe von Rüstungsgewinnlern und Kriegsinteressenten. Es ist also völlig klar; wer der Meinung ist, das Volk hat nicht die Kraft, den Frieden zu erhalten oder einen Friedensvertrag zu erringen, hilft damit den Kriegstreibern. Doch damit ist die Frage noch nicht beantwortet. Wir müssen weiter überlegen, ob es in unserem Leben schon Beispiele gegeben hat, wie durch eine große Massenbewegung des Volkes bestimmte politische Forderungen durchgesetzt werden konnten oder politische Anschläge auf die Interessen des Volkes verhindert wurden. Hier sind viele unter uns, die können sich noch an die Zeiten Kaiser Wilhelms erinnern. Wir haben in der Schule gelernt, daß das Hohenzollernreich fünfhundert Jahre existierte und sein Bestand auf mindestens weitere tausend Jahre gesichert sei. Die Geschichte zeigte aber, daß dieses anscheinend unumstößliche Hohenzollernreich innerhalb 24 Stunden verschwand. Das war am 9. November 1918. Es wird auch niemand sagen wollen, daß die Hohenzollern freiwillig gegangen sind. Auch der sächsische und der bayerische König sind nicht freiwillig gegangen. Sie wurden alle gegangen, und zwar durch den Willen des Volkes, durch große gewaltige Kundgebungen hier in Berlin, im ganzen Deutschen Reich, und die brutale, reaktionäre, halbfeudale Hohenzollernmacht hörte auf zu existieren.

Viele von euch können sich des März 1920 erinnern. Da wollten ein Herr von Kapp, ein General Lüttwitz, ein General Ludendorff, ein Kapitänleutnant Erhardt und einige andere ein neues Reich von Generalen und Offizieren mit Hakenkreuz und

schwarz-weiß-rottem Band errichten. Die Millionenmasse der deutschen Arbeiter sagte nein. Ein einmütiger Generalstreik vertrieb die Kapp-Banditen, und nach drei Tagen mußte die Kapp-Regierung trotz ihres Militärs, trotz Standrecht und blutiger Provokationen verschwinden.

Auch im August 1923 wurde die Inflations-Regierung Cuno durch einen Generalstreik der Berliner Arbeiter zum Teufel gejagt. Wir sehen also, daß in der Geschichte unseres Volkes eine ganze Anzahl Beispiele existieren, wie durch den geschlossenen Willen, durch die einmütige Aktion von Arbeitern und Angestellten jahrhundertealte Dynastien verjagt und reaktionäre Regierungen abgesetzt wurden.

Die Geschichte anderer Völker zeigt viele ähnliche und noch bessere Beispiele. Das große heroische Beispiel gibt uns die Sowjetunion. Es ist doch eine Tatsache, daß die Arbeiter und Bauern über den Zarismus mitten im Kriege siegten, durch ihren historischen Sieg vom 7. November 1917 das Ende des imperialistischen Krieges herbeiführten und die Macht der Arbeiter und Bauern errichteten.

Denken wir an das chinesische Beispiel. Das chinesische Volk hat lange Jahre gekämpft. Die konterrevolutionären Banden Tschiang Kai-scheks standen mitten im Land. Sie waren mit den besten amerikanischen Waffen ausgerüstet, und trotzdem haben die chinesischen Arbeiter und Bauern ihr Land befreit, und die Amerikaner mußten samt ihren Tschiang-Kai-schek-Banden China verlassen.

Alle diese und andere Beispiele zeigen, daß das Volk unüberwindbar ist, wenn es einig ist, wenn es geschlossen für seine Rechte kämpft.

Ich bin überzeugt, daß unser deutsches Volk, lernend aus seinen eigenen Erfahrungen der Jahre 1918, 1920 und 1923, neue kühne Beispiele des Massenkampfes zur Erhaltung des Friedens, zur Erringung eines Friedensvertrages und seiner nationalen Einheit vollbringen wird. Es gibt eine alte Erfahrung: je einmütiger der Wille des Volkes, je geschlossener das ganze Volk zum Handeln bereit ist, um so schneller setzt es seine Ziele durch, um so weniger Opfer wird es in diesem Kampf haben. Worauf kommt es also an? Es kommt darauf an, daß jede Mutter,

jeder Mann, daß alle Jugendlichen erkennen, nur im Frieden können wir leben. Der Krieg bringt uns Tod und Vernichtung, der Krieg bringt uns die Zerstörung der Heimat und raubt uns Frauen und Männer, zerstört das Glück unserer Kinder. Statt daran zu zweifeln, ob der einzelne etwas tun kann gegen den Krieg, sollten wir uns lieber täglich fragen, was können wir gemeinsam tun, um den Frieden zu erhalten.

Wenn Hunderttausende westdeutscher Mütter nicht zulassen, daß ihre Jungens in den Kriegsrock gepreßt werden, dann gibt es keine Macht der Welt, die die westdeutsche Jugend in den Krieg treiben kann.

Wenn jemand fragt, was kann ich als einzelner tun gegen den Krieg, dann muß man darauf antworten: Fange damit an, daß du die Zeitungen der Kriegshetzer nicht liest und die Rundfunksendungen von Kriegshetzern nicht anhörst.

Es hat sich herausgestellt, daß das besonders für viele Westberliner außerordentlich nützlich ist. Ich denke dabei an den wiederholten Schwindel mit einer angeblichen Währungsreform in der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist schon eine gemeine Gewohnheit der Westberliner Presse geworden, von Zeit zu Zeit Behauptungen aufzustellen, die Mark der Deutschen Demokratischen Republik würde abgewertet oder eingezogen oder umgetauscht werden. Mit diesem Schwindel wurde im Februar 1949 der Kurs der Westmark gegenüber der Mark der Deutschen Demokratischen Republik von 3,50 auf 7,00 Mark hochgetrieben. Natürlich war alles Schwindel. Kein Mensch hat bei uns daran gedacht, unser Geld umzutauschen. Aber viele Tausende Westberliner haben ihre Ostmark schnell verkauft und dadurch den Wechselstubenbesitzern ein gutes Geschäft ermöglicht. Derselbe Schwindel wiederholte sich im März 1950. Der „Telegraf“ behauptet, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik plane einen Währungsschnitt. Prompt trieben die Wechselstubenbesitzer den Kurs auf 9 Mark hinauf. Natürlich war alles Schwindel. Bei uns fand kein Währungsschnitt, aber ein Schnitt an den HO-Preisen statt. Wir senkten die Preise für Fleisch- und Wurstwaren um 25 Prozent, und die Bockwurst mit Salat verkauften wir statt für 4,80 Mark für 3,70 Mark.

In diesem Jahr hat man schon zweimal das Manöver des an-

geblichen Währungsschnitts durchgeführt. Immer wieder war es gerade der „Telegraf“, diese Zeitung, die angeblich Arbeiterinteressen dient, die den Schwindel über geplante Währungsmaßnahmen unserer Regierung in die Welt setzte. Die Nutznießer waren in jedem Falle die Wechselstubenbesitzer und die kleine Gruppe von Spekulanten, die hinter ihnen steht. So muß selbst das Westberliner „Wirtschaftsblatt“ in seiner Nummer vom 26. Januar dieses Jahres bestätigen, daß ein Wechselstubenbesitzer monatlich mindestens 8000, wahrscheinlich aber 10 000 bis 11 000 Westmark verdient. Versteht ihr nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum solche Wechselstubenbesitzer, Bankiers und Spekulanten in Westberlin diesen Währungsschwindel in die Welt setzen und warum sie auch an der Aufrechterhaltung der Spaltung Berlins interessiert sind? Man soll die Leute, die jeden zweiten, dritten Monat mit dem ängstlichen Gefühl herumlaufen, mit der Ostmark sei etwas nicht in Ordnung, einmal fragen, wie oft sie noch auf längst erwiesene Lügen hereinfallen wollen. Schließlich weiß jeder Berliner, daß die Bockwurst mit Salat bei Eröffnung der HO-Läden 8,60 Mark kostete und heute nur noch 2,25 Mark kostet.

Ist das vielleicht eine Verschlechterung des Wertes unseres Geldes, oder haben wir mit den Preissenkungen für HO-Waren den Wert unseres Geldes erhöht? Ihr könnt überzeugt sein, daß mit eurer Kraft die Preise noch weiter gesenkt werden. Wenn ihr weiterhin euren Produktionsplan erfüllt, die Selbstkosten herabsetzt, sparsam mit Maschinen und Material umgeht, und wenn das gleiche unsere Arbeiter im Kohlenbergbau, die Stahlwerker und die Maschinenbauer tun, dann gibt es keinen Zweifel: Wir werden in Zukunft *mehr* zu verbilligten Preisen kaufen können. Das ist die Politik unserer Regierung. Sie stützt sich auf den Willen unseres Volkes, im Frieden zu leben, das Werk des friedlichen Aufbaus zu schützen.

Wenn also die Frage steht, was der einzelne Kollege tun kann, damit wir einen Friedensvertrag bekommen, dann muß man darauf auch antworten: Glaubt nicht der Presse und dem Rundfunk unserer Feinde, die euch nachweisbar immer wieder betrügen, sondern vertraut eurer eigenen Kraft, vertraut der Kraft friedens-

gewillter, ehrlicher, arbeitswilliger Menschen. Diese Kraft ist stärker als die Macht der Kriegshetzer und ihrer Presse. Die Kraft des Volkes wird stark genug sein, um den Frieden zu erhalten und einen Friedensvertrag mit Deutschland zu erzwingen.

Natürlich genügt es nicht, nur im Herzen den Frieden zu wünschen und dann die Hände in den Schoß zu legen. „Der Friede ist kein Geschenk der Natur“, wie es in dem Liede heißt, sondern muß von den Menschen erkämpft werden. Der Kampf um den Frieden muß und kann überall geführt werden. Hier im Betrieb, zu Hause in der Diskussion mit dem Nachbarn, mit den Angehörigen, im Briefwechsel mit den Freunden und Bekannten aus Westberlin und Westdeutschland. Dazu ist aber erforderlich, daß die Mitglieder der demokratischen Parteien und Organisationen sich jeden Tag ihrer hohen Verantwortung bewußt sind, die sie vor unserem ganzen Volk tragen.

Ich möchte deshalb einige Bemerkungen über die Arbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in diesem Betrieb machen. Mir scheint, daß die Parteiorganisation der SED im Berliner Glühlampenwerk nicht genügend aktiv ist. Das kommt sowohl in der ungenügenden Zahl von Mitgliedern der Partei zum Ausdruck wie auch in ihrer ungenügenden Verbundenheit mit den Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen. Die Zahl von Aktivisten unter den Mitgliedern der SED ist kein Ruhmesblatt für die SED. Das ist um so bedauerlicher, weil die guten Produktionsergebnisse des Betriebes zeigen, daß unter den Arbeiterinnen und Arbeitern viele klassenbewußte, friedensgewillte Menschen existieren, die für die SED gewonnen werden können. Die Voraussetzung ist natürlich, daß jedes Mitglied der SED in der Produktion und in der gesellschaftlichen Arbeit selbst beispielgebend ist. Ich appelliere deshalb in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der SED an alle Genossinnen und Genossen des Betriebes, sehr ernsthaft ihre eigene Arbeit zu überprüfen. Die Beschlüsse des soeben beendeten 8. Plenums des Zentralkomitees unserer Partei geben eine gute Grundlage und sind eine ausgezeichnete Anleitung zur Verbesserung der Arbeit aller unserer Parteimitglieder und insbesondere der Partei in den Großbetrieben. Das Zentralkomitee erwartet von unseren Mitgliedern, daß sie täglich in unmittelbarer Verbindung mit ihren Kolleginnen

und Kollegen stehen, mit ihnen diskutieren und ihnen auf die Fragen antworten, die das Leben an sie richtet. Die Genossen Zirkelleiter fordere ich auf, sich besser vorzubereiten auf die Zirkelabende, damit durch das Parteilehrjahr alle unsere Mitglieder eine bessere Schulung erfahren, um in der täglichen Aussprache mit den Angehörigen des Betriebes klar, deutlich und verständlich Auskunft geben zu können. Die Aufgaben der SED in diesem Betrieb bestehen deshalb in folgendem:

a) Bessere Verbindung mit der Masse der Betriebsbelegschaft, tägliche Aussprache und Diskussion in den Abteilungen, klare Beantwortung aller Fragen, die von den Kollegen an uns gestellt werden.

b) Herstellung freundschaftlicher, gut kollegialer Beziehungen zu den Westberliner Kollegen und zu den sozialdemokratischen Genossen. Die Mitglieder unserer Partei müssen immer dessen eingedenk sein, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, zu den Werktätigen gehören, und daß es unsere Aufgabe ist, sie zu überzeugen, gemeinsam mit allen friedensgewillten Menschen den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu führen.

c) Besondere Aufmerksamkeit muß unsere Partei der Jugend widmen. Das gilt sowohl für die Organisationen der FDJ wie für jene Jugendlichen, die aus diesen oder jenen Gründen noch nicht Mitglied der FDJ sind. Wir bieten unserer Jugend alle Möglichkeiten, um Meister ihres Faches, um Techniker, Ingenieure zu werden, um gemäß ihren Fähigkeiten und Kenntnissen den Platz in unserem Leben einzunehmen, der ihr gebührt. Aber die Jugend muß man überzeugen als Freund und Helfer. Wir haben nicht nötig, unsere Jugend in ihren Fähigkeiten und Kenntnissen zu überschätzen. Wir wollen sie aber auch nicht lähmen in ihrer Initiative. Wir wollen die Jugend nicht kommandieren, sondern sie zu Enthusiasten unseres friedlichen Aufbaus erziehen.

d) Alle Mitglieder der SED müssen sich verpflichtet fühlen, ernst und gewissenhaft am Parteilehrjahr teilzunehmen. Nur wer gründlich lernt, wird in der Lage sein, die Politik unserer Partei den Massen klar und verständlich zu machen.

e) Schließlich muß es die Aufgabe unserer Partei sein, die Neuerer der Produktion, die Aktivisten im Betrieb und im Natio-

nalen Aufbauprogramm Berlins als Mitglieder unserer Partei zu werben. Die Parteiorganisation des Betriebes muß sich zum Ziel setzen, sehr schnell einen Umschwung in ihrer Werbearbeit zu erzielen, um in den wichtigsten Produktionsabteilungen des Betriebes fest verankert zu sein.

Nun ein besonderes Wort an euch, liebe Kolleginnen. Ich habe mich sehr gefreut, als ich davon hörte, daß auch hier in diesem Betrieb ein Frauenausschuß gebildet wurde, dem sehr viele parteilose Frauen angehören. Ich habe aber auch mit einer gewissen Verwunderung von all den Beschwerden Kenntnis genommen, die diese erste Frauenausschußsitzung über völlig unzureichende soziale Einrichtungen dieses Betriebes gemacht hat. Ich muß schon sagen, Kolleginnen, ihr habt euch da reichlich lange allzuviel gefallen lassen. Was hier an Schäden in bezug auf schlechte Entlüftungsanlagen, über die schlechte Arbeit des Kindergartens, über einen sogenannten Kulturraum, der als Abstellraum und als Durchfahrt für Müllkästen dient, berichtet wird, das sind alles Dinge, die längst hätten beseitigt sein können. Man kann der Gewerkschaftsorganisation dieses Betriebes den Vorwurf nicht ersparen, sich zu wenig um diese unmittelbaren Sorgen der Kolleginnen und Kollegen gekümmert zu haben. Man gewinnt den Eindruck, daß mancher Gewerkschaftsfunktionär zuviel im Büro und zu wenig im Betrieb ist und sein Ohr verstopft gegenüber den berechtigten Klagen der Belegschaft. Es wird also notwendig sein, daß die Gewerkschaftsorganisation alle Dinge genauestens überprüft und nicht erst lange Protokolle anfertigt, sondern vor allen Dingen überlegt, wie man mit Hilfe der Belegschaft, wie man durch Selbstinitiative bestimmte Schäden beseitigen kann. Es wäre doch gelacht, daß es ausgerechnet in diesem Betrieb, der so viele Beispiele großer Initiative, des Aufbauwillens und des Arbeitsenthusiasmus zeigt, nicht möglich wäre, soziale und kulturelle Mängel auf das schnellste zu beseitigen.

Mehr Initiative, Kollegen Gewerkschaftsfunktionäre, und mehr mit der Belegschaft arbeiten, dann wird auch manches leichter erledigt werden können.

Liebe Kolleginnen! Wir stehen wieder vor dem 8. März, dem internationalen Kampftag der Frauen in aller Welt. Ich bin überzeugt, daß auch ihr ihn in würdiger Weise begehen werdet, daß

auch ihr eure Solidarität mit den kämpfenden Frauen in Korea, Vietnam, Ägypten, Tunesien zum Ausdruck bringt. Den besten Beweis eurer internationalen Solidarität könnt ihr aber damit bekunden, wenn ihr hier in eurem, im volkseigenen Berliner Glühlampenwerk die Initiative ergreift, damit euer Betrieb ein gutes Beispiel für die Kraftentfaltung unserer werktätigen Frauen darstellt. Dazu gehört, daß mehr Frauen in die Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen gewählt werden. Dazu gehört, daß mehr Frauen und junge Mädchen qualifiziert werden, um hohe Funktionen in der Produktion und in der Verwaltung des Betriebes einzunehmen. Dazu gehört, daß die Frauen dieses Betriebes in erster Linie ihr klares, leidenschaftliches „Nein“ zum Krieg und ihr mütterliches, frauliches, begeistertes „Ja“ für den Frieden zum Ausdruck bringen.

Ich weiß, daß der Friede in Deutschland als gesichert gelten kann, wenn es uns gelingt, die Millionen Frauen in allen Teilen unserer deutschen Heimat als begeisterte Friedenskämpferinnen zu gewinnen.

Lenin hat einmal gesagt: Jede Frau muß lernen, den Staat zu regieren. Wir haben bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Gleichberechtigung der Frau gesetzlich verankert. Jetzt kommt es darauf an, daß die Gleichberechtigung der Frau nicht auf dem Papier steht, sondern daß sie überall in den Betrieben und Verwaltungen, im Staatsapparat, in Parteien und Organisationen verwirklicht wird.

Darum, liebe Kolleginnen, mehr Initiative, mehr Mut, mehr Kühnheit. Werdet wirklich als Frauen und Mädchen, die ihr die Mehrheit in diesem Betrieb darstellt, auch die Kraft, die das entscheidende Wort in diesem Betrieb spricht. Ich bin überzeugt, daß ihr den Willen dazu habt, und ich bin überzeugt, daß es euch auch möglich sein wird.

Das ist mein Wunsch für den 8. März, den internationalen Kampftag der Frauen in der ganzen Welt. An die Kollegen appelliere ich, unseren Frauen, unseren Mädchen und Müttern in ihrer Arbeit zu helfen, ihnen gute Kameraden zu sein, sich immer dessen bewußt zu sein, daß die geeinte Arbeiterschaft, die geeinte Kraft des friedensgewillten Volkes unüberwindbar ist.

Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt eine schöne Produktion.

Ihr stellt Lampen her, damit es schöner und heller in unserem Land wird und damit in allen Ländern eure Qualitätsarbeit Zeugnis ablegt von dem Friedenswillen unseres Volkes. Zu euren großen Produktionserfolgen setzt nunmehr auch große Erfolge in der Überzeugungsarbeit unter den Massen hier in Berlin, im demokratischen Sektor, in Westberlin, unter allen Freunden und Bekannten, um sie alle für unsere gerechte Sache: schnelle Herbeiführung eines Friedensvertrages zu gewinnen.

Ich möchte schließen mit den schönen Worten aus unserer Nationalhymne:

„Laßt das Licht des Friedens scheinen,  
daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint . . .“

Freundschaft!

*„SED-Pressedienst“ vom 28. Februar 1952.*

# An die deutschen Frauen und Mütter!

*Zum 5. Jahrestag der Gründung des DFD*

Zum 5. Jahrestag der Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands und zum Internationalen Frauentag sende ich allen deutschen Frauen und Müttern meinen herzlichsten Gruß und die besten Wünsche zu ihrem Ehrentage. Voll Stolz und Freude kann der DFD auf die in fünf Jahren geleistete Arbeit zurückblicken. Ohne die steigende aktive Mitarbeit der Frauen in Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung, in Kultur und Wissenschaft wäre es zweifelsohne nicht gelungen, in unserer Republik so große Erfolge zu erzielen und die Grundlagen für die Verbesserung der Lebenshaltung aller Werktätigen zu schaffen.

Als Arbeiterinnen in der Produktion haben die Frauen in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitern bei der Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne Vorbildliches geleistet. Sie haben sich in Berufen, die bisher vorwiegend Männern vorbehalten waren, zu hochqualifizierten Kräften entwickelt. In der Entfaltung der Neuererbewegung, bei der Bildung von Qualitätsbrigaden und bei der Einführung neuer sowjetischer Arbeitsmethoden haben unsere werktätigen Frauen einen hervorragenden Anteil. Nicht wenige wurden mit dem Nationalpreis oder den Ehrentiteln „Held der Arbeit“ und „Verdienter Aktivist“ ausgezeichnet.

Als Bäuerinnen haben unsere Frauen Schulter an Schulter mit den Bauern, Landarbeitern und Traktoristen geholfen, die Ernährung für unser Volk sicherzustellen und durch neue Anbau- und Viehaufzuchtmethoden die Leistungen der Landwirtschaft zu steigern. Die erfolgreiche Tätigkeit der Frauen als Traktoristinnen bei der Tausender-Bewegung, als Bäuerinnen bei der 4000-Liter-Bewegung, bei der Steigerung der Hektarerträge und der Verbesserung der Viehaufzucht fand ihre Anerkennung in der Verleihung der ehrenvollen Titel „Meisterbäuerin“ oder „Verdiente Traktoristin“.

Als leitende Mitarbeiterinnen in der Wirtschaft, im Staats- und Verwaltungsapparat haben sich unsere Frauen als Gleichberechtigte neben ihren männlichen Kollegen vollauf bewährt. Sie sind Staatssekretäre, Hauptabteilungsleiter, Bürgermeister, Stadt- und Landräte, Betriebsleiter und Meister oder haben in den demokratischen Organisationen verantwortungsvolle Funktionen inne.

Eine besonders schöne und verantwortungsvolle Aufgabe obliegt der Frau als Mutter. Sie erzieht unsere Jugend zu gesunden und bewußten Menschen, die an der Gestaltung eines neuen, einheitlichen und friedliebenden Deutschlands mitarbeiten. Das ist wahrlich eine große und edle Aufgabe, von der die Zukunft unserer deutschen Heimat bestimmt wird.

Liebe deutsche Frauen und Mütter! Der 5. Gründungstag des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands fällt in eine Zeit, da die Imperialisten und ihre deutschen Handlanger mit fieberhaftem Eifer versuchen, Westdeutschland für einen neuen Krieg reif zu machen. Wieder sollen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und Kinder hergeben, Hab und Gut dem Moloch Krieg opfern. Unermeßliches Elend und Leid würde der Generalkriegsvertrag Adenauers über unser Volk bringen. Die Frauen in Ost und West unseres Vaterlandes aber wollen keinen neuen Krieg. Sie wollen Frieden und ein glückliches Leben in einem einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland.

Darum steht der Ehrentag der Frauen im Zeichen des Kampfes gegen Generalkriegsvertrag und Wehrgesetz, des Kampfes für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, wie ihn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem Schreiben an die vier Mächte gefordert hat. Dieser Schritt unserer Regierung hat die aktive Unterstützung der großen sozialistischen Sowjetunion gefunden, deren Regierung als erste dem deutschen Volke eine zustimmende Antwort gegeben hat. Das muß allen deutschen Frauen und Müttern ein Ansporn sein, ihre Anstrengungen für die Erringung eines Friedensvertrages noch zu vervielfachen.

Macht den Friedensvertrag zum gemeinsamen Ziel aller deutschen Frauen.

Unterstützt eure westdeutschen Schwestern in ihrem harten Kampf gegen Aufrüstung und Remilitarisierung. Dann wird, da-

von bin ich fest überzeugt, der Friede für Deutschland gesichert werden.

Festigt und vertieft die enge Zusammenarbeit mit den Frauen und Müttern der Volksrepubliken und nehmt euch die Frauen und Mütter der Sowjetunion in eurer Arbeit zum Vorbild.

Für die Lösung seiner großen Aufgaben wünsche ich dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands vollen Erfolg.

Mit herzlichen Grüßen

gez.: W. Pieck

„Neues Deutschland“ vom 5. März 1952.

# Kampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und für den Friedensvertrag

*Vorlesung an der Parteihochschule „Karl Marx“  
über das 8. Plenum des ZK der SED  
5. März 1952*

Auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei vom 13. Juni 1951 wurde das Neue in der Entwicklung in Westdeutschland als das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus gekennzeichnet. Durch die Vereinbarung über den Schumanplan zwischen den deutschen und den amerikanischen Imperialisten wurde offenkundig, daß der amerikanische Imperialismus den deutschen Imperialismus zu seinem Hauptverbündeten in Europa ausgewählt hatte, um Westdeutschland zum Hauptaufmarschgebiet des Atlantikkriegsblocks zu machen.

Gleichzeitig wurde damals von uns festgestellt, daß die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zwischen dem Lager des Friedens und dem von den USA-Konzernherren geführten Kriegslager dem deutschen Imperialismus keinerlei Perspektive bietet. Das Zentralkomitee der SED begründete diese Einschätzung mit folgenden Tatsachen:

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus erfolgt in einer Zeit der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus, in einer Zeit des gewaltigen Aufschwungs der Kräfte der Sowjetunion, der Länder der Volksdemokratie, des großen Volkschina und der Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern und Kolonien. Die westdeutschen Imperialisten konnten ihre ökonomische Basis nur auf Kosten des sich ständig verschlechternden Lebensstandards der westdeutschen und Westberliner Bevölkerung erweitern. Die Politik der westdeutschen Imperialisten und damit die Politik der Adenauer-Regierung wird dadurch aufs schwerste belastet, weil sie ihre Rolle als Partner der amerikanischen Rüstungsherren in der Vorbereitung des amerikanischen Krieges gegen die Sowjetunion nur im völligen Gegensatz zu den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes spielen können.

Der westdeutsche Imperialismus erfuhr durch die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik eine wesentliche Schwächung seiner ökonomischen Basis. Diese Basis ist deshalb schmaler und unsicherer als vor dem ersten Weltkrieg und in der Zeit der Weimarer Republik. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, ihre ständige wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung erschwert den amerikanischen und den deutschen Imperialisten die Durchführung ihrer Politik, weil vor dem gesamten deutschen Volk die Deutsche Demokratische Republik den Beweis erbringt, daß ein Weg des Friedens und der Demokratie ohne Konzernherrschaft, ohne Militarismus und Krieg möglich ist. Immer größere Teile der gesamtdeutschen Bevölkerung betrachten den Weg der Deutschen Demokratischen Republik als richtig, weil er den wirklichen Interessen des deutschen Volkes entspricht. Alle diese Tatsachen zusammengenommen begründeten unsere Feststellung im Sommer vorigen Jahres, daß die Pläne der amerikanischen und der westdeutschen Imperialisten keinerlei Aussicht auf Erfolg haben.

Die seit dem 6. Plenum verflossenen acht Monate haben diese Perspektive vollinhaltlich bestätigt. Das Zentralkomitee unserer Partei kam auf der Tagung des 8. Plenums, am 21. bis 23. Februar dieses Jahres, zu der Feststellung, daß in Westdeutschland eine Krise heranreift. Die Hauptursache dieser Krise besteht zweifellos darin, daß alle Maßnahmen, die seitens der Bonner Regierung im Auftrage des amerikanischen Rüstungskapitals getroffen werden, um Westdeutschland zum Hauptaufmarschgebiet des Atlantikkriegsblocks zu machen, im steigenden Maße auf den schärfsten Widerstand aller Schichten des deutschen Volkes stoßen. Eine so konservative englische Zeitung wie der „Observer“ mußte in der Nummer vom 10. Februar 1952 feststellen:

„Wenn die Debatte vorüber ist (die Zeitung meint die Debatte im Bundestag über die Wiederaufrüstung. W. P.) wird die Hauptkrisis zurückbleiben: die tiefe Kluft im deutschen Volk über das Wiederaufrüstungsproblem.“

Auch Ollenhauer, der zweite Vorsitzende der SPD, äußerte sich in einer Rundfunkrede am 24. Februar 1952:

„Wir laufen Gefahr, daß sich daraus eine echte Staatskrise entwickelt.“

Die Feststellung unseres Zentralkomitees, daß in Westdeutschland eine Krise heranreift, findet also auch bei der sozialdemokratischen Führung und bei den beunruhigten imperialistischen Kreisen ihre Bestätigung. Viel mehr als diese Äußerungen zeigen die Ereignisse der letzten Tage, wie der Kriegskurs der Bonner Regierung einen Massensturm in Westdeutschland heraufbeschwört, den sie immer weniger zu bändigen in der Lage ist.

Bei dem Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierungspolitik der Bonner Regierung zeigen sich neue Momente, die wir als eine höhere Form des Abwehrkampfes der westdeutschen Bevölkerung bezeichnen können. Charakteristisch hierfür war der wütende Protest der Betriebsbelegschaften und Gewerkschaftsorganisationen auf die provokatorische Rundfunkrede des sogenannten Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank. Als er am Sonnabend, dem 19. Januar 1952, die sogenannte Auslesedienstpflicht für Westdeutschland verkündete, gab es ein Echo, das sich weder Adenauer noch sein Sicherheitsbeauftragter Blank vorgestellt hatte. Spontan traten eine Anzahl süddeutscher und südwestdeutscher Betriebe in den Protest- und Warnstreik. Wir erlebten weiter, daß sich der Protest der westdeutschen Arbeiterschaft nicht nur gegen Adenauer, Blank und Lehr richtete, sondern auch gegen solche führenden Leute des DGB wie Christian Fette und vom Hoff. Beide hatten sich entgegen den Auffassungen der Millionen Gewerkschaftsmitglieder für eine Remilitarisierung Westdeutschlands ausgesprochen. Zum ersten Male nach 1945 geschah es, daß auf der bayrischen Gewerkschaftskonferenz die DGB-Führung nicht in der Lage war, ihre Auffassung über die Remilitarisierung durchzusetzen. Die ebenso gerissenen wie verräterischen Gewerkschaftsführer Fette und vom Hoff mußten auf dieser Konferenz vor den Gewerkschaftsfunktionären kapitulieren.

Der gleiche Vorgang wiederholte sich, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, auf der Konferenz der Gewerkschaftssekretäre und Bevollmächtigten, die in der vorigen Woche in Düsseldorf stattfand. Trotz der geschickten Regie der Führung

des DGB drang die wahre Meinung der Millionen Mitglieder der westdeutschen Gewerkschaften auch in diesen Verhandlungsraum. Die reaktionären Gewerkschaftsführer waren gezwungen, solche Erklärungen abzugeben, daß das Volk über die Remilitarisierung zu entscheiden habe. Ohne uns über den Wert solcher Erklärungen zu täuschen, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die reaktionären Gewerkschaftsführer zur Zeit nicht in der Lage sind, den Arbeitern ihre Meinung aufzuoktroieren, dem sogenannten Wehrbeitrag zuzustimmen.

In der bereits zitierten Nummer des „Observer“ wird ferner mit großer Besorgnis festgestellt, die „Notgemeinschaft für den Frieden in Europa“,

„die bis dahin eine kleine Gruppe fanatischer Eiferer gewesen war, die sich aus religiösen Gründen der Wiederaufrüstung widersetzte, war plötzlich zum Führer einer Massenbewegung geworden“.

Der „Observer“ muß zugeben, daß trotz absoluten Fehlens einer Organisation Versammlungen von Heinemann oder Frau Wessel von Lüneburg im Norden bis Stuttgart im Süden begeisterte Menschenmassen anzog.

Eine neue Tatsache für die wachsende Welle des Massenprotestes gegen die Remilitarisierung ist die Kundgebung der Jungen Generation, die am letzten Sonntag in Darmstadt stattfand. 1200 Vertreter fast aller westdeutschen Jugendorganisationen lehnten einstimmig die von der Bundesregierung vorbereitete Rekrutierung der westdeutschen Jugend als gegen den offenkundigen Willen der Mehrheit des Volkes ab. Das ist ein Ereignis von großer politischer Bedeutung und Auswirkung. Wir sehen bei dieser Kundgebung, daß die Jugend nicht mehr dabei stehenbleibt, nur „Ohne uns“ oder „Ohne mich“ zu rufen, sondern auffordert, Aktionsgruppen zu bilden, um durch gemeinsames Handeln dem Verhängnis einer deutschen Wiederaufrüstung Einhalt zu gebieten.

Bemerkenswert ist ferner das Auftreten von Pastor Mochalski, dem Geschäftsführer des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche Deutschlands, und des Leiters der Friedensakademie in Harzburg, Dr. Nikolaus Koch, gegen die Adenauer-Regierung.

Dr. Koch drückte die Meinung breiter Massen des Volkes aus, wenn er sagte:

„Herr Adenauer, machen Sie endlich Schluß mit Ihrer juristischen Spitzfindigkeit und der repräsentativen Demokratie! Sie und Ihre Stimmengruppen repräsentieren das Volk nicht. Sie und der Bundestag sind nicht unsere Repräsentation. Ihre Juristerei ändert nichts daran, daß Sie das Volk nicht hinter sich haben und daß in der Verfassung die Dinge nicht vorgesehen sind, die Sie jetzt tun.“

Der Leiter der Friedensakademie, Dr. Koch, stellte aber noch eine weitere Forderung. Er verlangte, die realen Friedensvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik ernsthaft zu prüfen und zu diskutieren.

Das gehört ebenfalls zu dem qualitativ Neuen in der Widerstandsbewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen Militarismus und Aufrüstung. Die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik verfängt nicht mehr, und auch die antibolschewistische Argumentation verliert immer mehr an Wirkung. Es ist uns bekannt, daß sowohl in der Gewerkschaftsführung wie auch in der Führung der SPD ganz offen zugegeben wird, daß kein Mensch mehr an einen Angriff der Sowjets glaubt. Die antibolschewistischen Tiraden eines Herbert Wehner, Ernst Reuter und Willi Brandt fallen sogar den eingefleischten Bolschewistenfeinden des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf die Nerven. Diese antibolschewistische Hetze fällt diesen Leuten deshalb auf die Nerven, weil ihnen aus den Massen des Volkes entgegengehalten wird, nicht die Russen sind es, die von uns einen Wehrbeitrag verlangen, sondern die Amerikaner. Es ist uns bekannt, daß auf der bayrischen Gewerkschaftskonferenz ganz offen die Friedenspolitik der Sowjets anerkannt und die Aggressionspolitik der USA angeprangert wurde. In sozialdemokratischen Kreisen wird sogar die Frage diskutiert, ob man nicht eine Delegation in die Sowjetunion schicken soll, um die wirklichen Absichten der Sowjetregierung zu erfahren.

Es ist völlig klar, daß alle diese Äußerungen und Auffassungen die tiefe Unruhe in den breiten Massen der Arbeiterklasse widerspiegeln. Die Arbeiter Westdeutschlands, die bereit sind, gegen die Remilitarisierung zu streiken und die in vielen Fällen

diese Bereitschaft durch kurzfristige Streiks unter Beweis gestellt haben, sind keiner Argumentation zugänglich, die sich für die deutsche Wiederaufrüstung ausspricht. Die SPD-Führung würde sich der Gefahr aussetzen, ihren Einfluß unter den Massen zu verlieren, wenn sie in einer Situation wie jetzt gegen den ausdrücklichen Willen der breiten Massen offen für die Remilitarisierung eintritt. Deshalb versucht die sozialdemokratische Führung, mit neuen Manövern die Massen vom wirklichen Kampf abzuhalten. Zu diesen Manövern gehört die Erwartung Ollenhauers, daß die Adenauer-Regierung

„die Frage der deutschen Einheit mit derselben Intensität und mit demselben Ernst und Eifer behandelt, mit dem sie sich jetzt mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag beschäftigt“.

Derselbe Ollenhauer, der die Bemühungen der Sowjetregierung um einen Friedensvertrag mit Deutschland bisher als Propaganda und Betrugsmanöver bezeichnete, verlangt jetzt von der Adenauer-Regierung die Klarstellung, ob die Sowjetunion es ernst meint, über die deutsche Frage in ein konkretes Gespräch zu kommen.

Die Sowjetunion hat seit der Konferenz auf der Krim und seit dem Potsdamer Abkommen unzählige Male ihre Bereitwilligkeit unter Beweis gestellt, dem deutschen Volke einen Friedensvertrag zu gewähren. Den letzten Beweis dieser Bereitschaft erhielten wir durch den Brief der Regierung der UdSSR vom 20. Februar 1952. Die Sowjetregierung bestätigte den Empfang des Schreibens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage der Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, das den Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zugeleitet wurde. In dem Antwortschreiben erklärt die Sowjetregierung, sie stimme völlig mit der Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik überein, daß es absolut unnormal ist, wenn Deutschland sieben Jahre nach Beendigung des Krieges immer noch keinen Friedensvertrag hat und der deutsche Staat in zwei Teile gespalten bleibt. Wörtlich wird in dem Schreiben der Regierung der UdSSR erklärt:

„Die Regierung der UdSSR ist der Meinung, daß der unverzügliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen und unter Teilnahme Deutschlands notwendig ist.“<sup>1</sup>

Diese unmißverständliche Erklärung der Sowjetregierung zeigt dem ganzen deutschen Volk die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und die Bereitschaft der Sowjetvölker, mit dem deutschen Volk auf der Grundlage gleichberechtigter Partner einen Friedensvertrag abzuschließen.

Auch die sozialdemokratische Parteiführung weiß das selbstverständlich ganz genau. Wenn sie jetzt durch die Erklärung Ollenhauers eine ernsthafte Behandlung des Grotewohl-Briefes an die vier Großmächte und der zusagenden Antwort der Sowjetunion verlangt, dann nur deshalb, weil die Massen der sozialdemokratischen Parteimitglieder und Gewerkschafter an den antibolschewistischen Schwindel nicht mehr glauben.

Diese Veränderung in der Stimmung und in der Haltung von Millionen westdeutschen Arbeitern, von Jugendlichen und Frauen, von kirchlichen und rein bürgerlichen Kreisen ist das Neue der westdeutschen Entwicklung. Wir haben bei der Arbeiterklasse einen Durchbruch erreicht. Die Arbeiter begnügen sich nicht mehr damit, die Remilitarisierung abzulehnen, sie verlangen heute Sicherheiten, daß nicht gegen ihren Willen die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung durchgeführt wird. Eine erfolgreiche Abwehr des USA-Kriegsprogramms der Bonner Regierung ist aber nur möglich, wenn die vorhandene breite Bewegung gegen Remilitarisierung und Aufrüstung, die noch sehr nebeneinander läuft, in den breiten Strom einer gesamt nationalen Bewegung um einen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vereinigt wird. Heute steht in Westdeutschland der Kampf gegen Remilitarisierung im Vordergrund. Wir müssen uns bemühen, die Massen zu überzeugen, daß sie bei der berechtigten Ablehnung der Remilitarisierung die entscheidende Hauptforderung stellen, mit dem deutschen Volk einen Friedensvertrag abzuschließen. Der Friedensvertrag, so gilt es zu argumentieren, gibt dem deutschen Volk das Recht,

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 21. Februar 1952.

selbständig über seine nationale Politik zu entscheiden. Der Friedensvertrag befreit Westdeutschland von den Fesseln des Besatzungsstatuts und den neuen bereits geschmiedeten Fesseln des Generalkriegsvertrages und gibt damit dem deutschen Volk die Gewähr des Schutzes seiner Arbeit und seines Lebens durch alle friedliebenden Völker.

Wir dürfen deshalb in keiner Phase des jetzigen Kampfes diese Hauptlosung, Kampf um einen Friedensvertrag, außer acht lassen. Wir dürfen der Bonner Regierung nicht gestatten, irgendwelche Winkelzüge zu machen, um sich vor der Beantwortung der Frage, für oder gegen einen beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, zu drücken. Das ist auch der Sinn der Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. März. Die Forderung unserer Regierung, Bonn soll Farbe bekennen, müssen wir in unserer Agitation erweitern, daß jeder Abgeordnete, jeder Funktionär einer Partei und einer demokratischen Organisation in Westdeutschland von den Wählern und Mitgliedern aufgefordert wird, sich zu der Frage zu bekennen, ob er für oder gegen die Remilitarisierung, ob er für oder gegen einen beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages ist.

Selbstverständlich müssen wir uns in Westdeutschland in erster Linie auf die Arbeiterklasse orientieren, ohne daß wir die Bewegung unter den bürgerlichen und kirchlichen Kreisen unterschätzen. Stalin lehrt uns aber, daß die Kraft einer nationalen Bewegung davon abhängt, wie weit die Arbeiterklasse an ihr beteiligt und wie weit sie die führende Kraft in einer nationalen Freiheitsbewegung darstellt. Damit die Arbeiterklasse bereit ist, Aktionen nicht nur gegen die Remilitarisierung, sondern für einen Friedensvertrag durchzuführen, muß unsere Partei im Westen Deutschlands, aber auch die SED, eine völlig klare Orientierung gegenüber der Gesamtheit der deutschen Arbeiterklasse haben.

Die entscheidende Voraussetzung hierfür ist aber eine völlig klare, unmißverständliche Einstellung zur Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Auf unseren Schulen gibt es manchmal Diskussionen, ob die Sozialdemokratische Partei noch eine Arbeiterpartei sei. Ich denke, wir sollten aus unseren Erfahrungen und Fehlern endlich gelernt haben, diese Frage nicht

abstrakt und formal, sondern politisch und lebendig zu stellen. Wenn man die Frage nach der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung stellt, dann sind wir uns alle klar, daß sie eine Politik der Unterstützung des westdeutschen Imperialismus betreibt, daß sie die getreuesten Lakaien der Konzernherren sind. Schumacher und Ollenhauer, Reuter und Neumann tragen die historische Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin. Damit zerschlugen sie die erste und entscheidende Voraussetzung einer demokratischen, friedlichen Entwicklung in ganz Deutschland. Damit zerschlugen sie die Voraussetzung für die Entmachtung des westdeutschen Konzernkapitals und der westdeutschen Junker.

Der wütende, blinde, gehässige Kampf der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung gegen die Kommunisten in Westdeutschland und gegen die SED lähmt die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin, ermuntert die reaktionären Organisationen und erleichtert dem Unternehmertum die Festigung ihrer materiellen Basis zum Wiedererstarken des deutschen Imperialismus.

Diese historische Schuld der rechten Partei- und Gewerkschaftsführung ist unbestritten. Alle ihre Betrugsmanöver mit Mitbestimmungsrecht, mit „demokratischem Sozialismus“, mit „Einheit durch Freiheit“ und ähnlichen Schlagworten ändern nichts an den heute in Westberlin und Westdeutschland bestehenden Tatsachen. Während wir in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich an der demokratischen, friedlichen Entwicklung arbeiten, die Arbeiterklasse entscheidende Positionen in unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung innehat, die völlige Gleichberechtigung der Frauen durchgeführt wurde, die Jugend die Möglichkeit besitzt, alle ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende gesellschaftliche Funktionen in unserer Republik auszuüben, ringt die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins um das nackte Leben und steht vor der großen Gefahr, zum dritten Male in diesem Jahrhundert als Kanonenfutter mißbraucht zu werden.

Es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins nur im Kampf gegen die

arbeiterfeindliche und volksfeindliche Politik der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer wieder zu einem politischen Machtfaktor im Westen unserer Heimat werden kann. Das ist selbstverständlich nur möglich, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter, die Millionen Parteilosen im Deutschen Gewerkschaftsbund Vertrauen zur KPD und SED, Vertrauen zu ihren Kollegen der KPD und SED gewinnen. Vertrauen kann man aber nur gewinnen, wenn man selbst davon überzeugt ist, daß diese Arbeiter und Arbeiterinnen, diese Jugendlichen und auch die Angestellten zu den Werktätigen gehören und für eine Politik des Friedens und der nationalen Einheit gewonnen werden können. Jede Auffassung, die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Verrätern in der Führung der Partei und der Gewerkschaft und der Bundestagsfraktion gleichzusetzen, ist deshalb falsch und muß von uns aus auf das allerschärfste bekämpft werden.

Ihr habt hier gelernt, welche große Bedeutung Stalin der Frage der Arbeit in den Gewerkschaften beimißt. Ich erinnere euch deshalb in diesem Zusammenhang an jene historischen Worte aus dem Brief Stalins vom 28. Februar 1925. Stalin gab uns mit aller Eindringlichkeit den Rat:

„Erstens, man kann im Westen die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht gewinnen, ohne die Gewerkschaften zu erobern, und zweitens, man kann die Gewerkschaften nicht erobern, ohne innerhalb dieser Gewerkschaften zu arbeiten und dort seinen Einfluß zu festigen.“<sup>1</sup>

Diese Worte Stalins aus dem Jahre 1925 gelten heute in verstärktem Maße. Die Aufgabe unserer Genossen und Genossinnen in Westberlin und Westdeutschland besteht deshalb darin, täglich mit den Gewerkschaftsmitgliedern und den sozialdemokratischen Kollegen am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Mitgliederversammlung der Organisationen zu diskutieren und sie von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Remilitarisierung und für die Erringung eines Friedensvertrages zu überzeugen. Die Überzeugungsarbeit ist heute das Dringendste und das Entscheidendste. Nur wer überzeugt, gewinnt Vertrauen, und wer Ver-

<sup>1</sup> J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 40.

trauen besitzt, erhält Ansehen und Autorität unter den Arbeitern seiner Abteilung, der Belegschaft und der Organisation.

Das gleiche gilt selbstverständlich für die Arbeit in anderen Organisationen, wie der Jugend, der Frauen, der Kriegsoffer, der verschiedensten Friedensorganisationen usw. Von unseren Mitgliedern muß eine solche Überzeugungskraft ausstrahlen, daß die Menschen auf sie hören und bereit sind, ihre Vorschläge für den Kampf gegen die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung tatkräftig zu unterstützen.

Wenn wir aus der Geschichte der Bolschewiki gelernt haben, daß der Sieg nicht von allein kommt, sondern erkämpft werden muß, dann heißt das, auf die heutige Situation angewandt, den Kampf führen um jeden einzelnen Arbeiter, um jeden einzelnen Jugendlichen, um jede einzelne Frau, um jeden werktätigen Menschen. Selbstverständlich konzentrieren wir uns dabei auf die Belegschaften in den Betrieben. Denn von ihrer Entscheidungskraft hängt es ab, ob Westdeutschland wiederaufrüstet und ob die Jugend den Gestellungsbefehlen folgt. Es ist deshalb sehr nützlich, wenn wir in aller Breite die Erinnerungen wachrufen aus dem heroischen Kampf der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, während des ersten Weltkrieges und in der Zeit der Weimarer Republik. Es ist gewiß kein Zufall, wenn auf der genannten bayrischen Gewerkschaftskonferenz solche Stimmen laut wurden: wir haben schon einmal 1920 die Kapp-Regierung verjagt. Wir müssen hinzusetzen, daß das gleiche auch 1918 mit der Hohenzollernregierung und 1923 mit der Cuno-Regierung geschehen ist. Die Erinnerungen an diese heroischen Kämpfe sind sehr wach in unserem Volk. Unsere Aufgabe muß deshalb darin bestehen, an Hand dieser geschichtlichen Erfahrungen das Kraftbewußtsein zu stärken und die Überzeugung in das werktätige Volk hineinzutragen, daß es unüberwindlich ist, wenn es einheitlich kämpft.

Ich möchte deshalb noch einmal mit aller Eindringlichkeit unterstreichen: Ohne die Gewinnung der breiten Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder kann der Kampf gegen die Remilitarisierung und um einen Friedensvertrag niemals erfolgreich geführt werden. Die Schaffung eines geeinten, friedliebenden, demokratischen Deutschlands ist

nur möglich mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, mit den Millionen Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jede andere Auffassung muß deshalb von uns als den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes feindlich mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees wurde mit vollem Recht die Steigerung des Widerstandskampfes gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung in Westdeutschland und die Erfolge unseres friedlichen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik im engsten Zusammenhang behandelt. Das war um so notwendiger, als sich in der SED und im Staatsapparat der Deutschen Demokratischen Republik Tendenzen bemerkbar machten, alle Fragen einseitig nur vom Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik und nicht vom gesamt-nationalen Standpunkt zu betrachten. Ich sprach schon davon, daß in Arbeiterkreisen, aber auch bei Vertretern des Bürgertums immer häufiger die Forderung gestellt wird, die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik in bezug auf einen Friedensvertrag, in bezug auf die gesamtdeutschen Wahlen, in bezug auf die Wiederherstellung des Interzonenhandels ernst zu nehmen. Das ist sehr verständlich. Denn unser ganzes Volk spürt sehr deutlich, daß die Ignorierung der Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik nur den Feinden unseres Volkes, niemals aber den Interessen des deutschen Volkes dient. Bei der westdeutschen Bevölkerung besteht das begreifliche Bedürfnis, in der Deutschen Demokratischen Republik an Ort und Stelle zu überprüfen, wie unser Aufbau vor sich geht, wie unsere demokratische Ordnung funktioniert und welche Möglichkeiten für die nationale Einheit vorhanden sind. In Westdeutschland glaubt man nicht mehr wie vor einem Jahre oder noch vor sechs Monaten den dummdreisten Lügen über die Kollektivisierung in der Deutschen Demokratischen Republik, über die Hungersnot, über die Massenverschickungen nach Sibirien, über den Zusammenbruch des Fünfjahrplans und ähnlichen Schwindel. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Aber auch hier wollen wir uns nicht auf den Selbstlauf verlassen, sondern neue, überzeugende, eindringliche Tatsachen unseres demokratischen, friedlichen Weges schaffen. Es ist deshalb klar, daß jeder Erfolg in der Er-

füllung unseres Volkswirtschaftsplans, in der Entwicklung unseres kulturellen Lebens seine Ausstrahlung bis in jede westdeutsche Stadt und Gemeinde findet. Selbstverständlich wirken sich auch Rückschläge, Fehler, falsche Organisation, ungenügende Wachsamkeit gegensätzlich aus. Unsere Feinde im Westen Deutschlands leben von diesen Fehlern und Unzulänglichkeiten. Sie suchen mühselig nach den kleinsten Mißständen, um die westdeutsche Bevölkerung blind gegenüber unseren tatsächlichen Erfolgen zu machen. Aber die Tatsachen sind schließlich ein hartnäckig Ding. Es läßt sich auf die Dauer nicht verschweigen, daß in Westdeutschland wieder Dividenden ausgeschüttet werden und bei uns nicht. Es läßt sich nicht verschweigen, daß bei uns für die Bergarbeiter und Hüttenarbeiter, Eisenbahner und Metallarbeiter, alle Werktätigen der volkseigenen Industrie durch die Erfüllung der Betriebskollektivverträge Hunderttausende, ja Millionen Mark als Sonderprämien ausgezahlt werden. Es läßt sich also auf die Dauer nicht verschweigen, daß unsere Jugend lernt, arbeitet, studiert, alle Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation besitzt, während die westdeutsche Jugend zu Hunderttausenden dem Elend der Arbeitslosigkeit ausgeliefert ist. Diese Erfolge unseres Aufbaus sind bereits eine scharfe Waffe im Kampf um den friedlichen Weg unseres Volkes, und sie werden von noch größerer Bedeutung sein, wenn wir es verstehen, besser zu arbeiten, schneller unsere Mängel zu überwinden und die Fehler auszumerzen. Die Erfüllung des Planes in der Max-Hütte, im Reichsbahnausbesserungswerk Chemnitz, auf der Volkswerft Stralsund und auf einer MAS im Lande Brandenburg hat deshalb nicht nur für die Deutsche Demokratische Republik, sondern eine außerordentliche gesamt-nationale Bedeutung. An unseren Erfolgen messen die friedliebenden Menschen in ganz Deutschland unsere Kraft und unsere Festigkeit. Mit unseren Erfolgen wächst ihre Zuversicht, daß unser Kampf um Frieden und Einheit Aussicht auf Erfolg hat.

Wiederum ist es gewiß kein Zufall, wenn, beeinflusst von unserem friedlichen, demokratischen Weg, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte in Westdeutschland heute die Frage stellen, wie kann man auch in Westdeutschland ein nationales Aufbauprogramm entwickeln. Das ist eine sehr entscheidende Frage

Das ist wiederum ein neues Moment der jetzigen Entwicklung von großer politischer Bedeutung. Erinnern wir uns der Worte Stalins aus seinem Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“ vom Februar vorigen Jahres,

„daß die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes um ein Vielfaches und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stilllegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel führt“<sup>1</sup>.

Die westdeutsche und Westberliner Entwicklung gibt dazu eine sehr treffende Illustrierung. Da aber die Massen gegen diese Politik der steigenden Preise zugunsten einer von ihr abgelehnten Wiederaufrüstung sind, kommt es jetzt darauf an, daß die Friedenskräfte in Westdeutschland ein nationales Programm des friedlichen Aufbaus, der Einheit Deutschlands, des Aufbaus und der Entfaltung der deutschen Kultur entwickeln. In jeder Stadt und jeder Gemeinde, in jedem Kreis und in jeder Provinz, wie in jedem Land Westdeutschlands sollten die Friedenskräfte konkrete Vorschläge ausarbeiten zur Wiederherstellung zerstörter Gebäude und Straßen, zum Aufbau von Schulen, Krankenhäusern und Erholungsstätten, zur Errichtung von Sportplätzen für die werktätige Bevölkerung. Wir führen einen Kampf gegen die amerikanische Kulturbarbarei. Das ist richtig. Aber wir sollten auch positiv in Westdeutschland und Westberlin Vorschläge zur Entwicklung einer deutschen Kultur und zur Wahrung des fortschrittlichen kulturellen Erbes unterbreiten. Also muß man Anträge stellen, den Wissenschaftlern und Künstlern für ihr Schaffen finanzielle Mittel zu geben, ihnen Aufträge zu erteilen, sie für die Jugenderziehung heranziehen, Volkskunst und Volksgesang pflegen, dafür Wirkungsstätten und Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Selbstverständlich wird in Westdeutschland sofort das Geschrei erhoben, dazu seien keine Mittel da. Das ist eben der springende Punkt. Es gilt an Hand des Beispiels der Deutschen Demokratischen Republik nachzuweisen, daß die Mittel leicht

---

<sup>1</sup> „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

aufzubringen sind, wenn kein Geld für Remilitarisierung und Aufrüstung vergeudet wird und wenn durch die Herbeiführung eines Friedensvertrages und den damit verbundenen Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach dem Abschluß des Friedensvertrages die finanziellen Mittel für die Besatzungskosten, die Westdeutschland aufbringen muß, zugunsten des friedlichen kulturellen Aufbaus verwendet werden können. Lernen wir also Vorschläge auszuarbeiten, die Arbeitern, Unternehmern, Künstlern, Schriftstellern, Kindergärtnerinnen, Jugendpflegern, Jugendverbänden und Organisationen charitativen Charakters verständlich sind. Je besser wir es verstehen, die breitesten Schichten des Volkes für solche Vorschläge zu gewinnen, um so stärker wird der Widerstand werden, Beträge zahlen zu müssen, die nicht dem friedlichen Aufbau, sondern der Zerstörung durch einen Krieg dienen sollen. Hier zeigt sich also die Wechselwirkung zwischen den Fortschritten unseres friedlichen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und der Entfaltung des Kampfes um Friedensvertrag und nationale Einheit in Westdeutschland, um die Verbreiterung des Kampfes um die Schaffung einer die ganze Nation erfassenden Bewegung.

Von diesem Gesichtspunkt, Genossinnen und Genossen, gilt es nunmehr die Frage zu behandeln, die auf dem 8. Plenum einen absolut berechtigten und richtigen Raum eingenommen hat: die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik. Es werden Stimmen laut innerhalb und außerhalb der Partei, daß die Frage der Kritik und Selbstkritik auf dem 8. Plenum das Wichtigste war. Das ist eine falsche Auffassung. Die entscheidende Frage des 8. Plenums war der Kampf um einen Friedensvertrag für Deutschland, war eine richtige Analyse der Friedenskräfte in Westdeutschland und die Vereinigung aller Kräfte des Friedens in ganz Deutschland.

Die Frage der Kritik und Selbstkritik steht aber nicht losgelöst von diesem Hauptproblem, von dieser entscheidenden Frage für das Schicksal unserer Nation. Die Frage von Kritik und Selbstkritik muß unlösbar verbunden werden mit unserem Kampf um die Erhaltung des Friedens, um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Wenn jeder Schritt, den wir in der Deutschen Demokratischen Republik jetzt unternehmen, auf die Entwicklung in ganz Deutschland aus-

strahlt, so ist es ganz klar, daß wir alle Voraussetzungen schaffen müssen, damit jeder dieser Schritte von größtem Erfolg gekrönt wird. Daran hindern uns aber sehr häufig rückständige Auffassungen, die Erscheinungen von Bürokratismus und Loslösung von den Massen. Das Eisenhüttenkombinat Ost bietet dafür ein charakteristisches Beispiel. Eine erfolgreiche Arbeit auf diesem Schwerpunkt Nummer Eins in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet eine Stärkung der Friedenskräfte in ganz Deutschland. Jeder Mißerfolg aber im Eisenhüttenkombinat Ost schwächt uns in unserer Arbeit, in unserer friedlichen Entwicklung, mindert den Einfluß der Friedenskräfte in ganz Deutschland. Deshalb war es also völlig richtig, mit aller Schärfe die Frage der Kritik und Selbstkritik im Eisenhüttenkombinat Ost zu stellen. Damit geben wir ein Beispiel, wie die Kritik und Selbstkritik in allen unseren Baustellen, in allen unseren Betrieben, im gesamten Partei- und Staatsapparat gestellt werden muß.

Es werden aber auch Stimmen laut, daß die Form der Kritik nicht nützlich wäre. Selbst von SED-Funktionären in Betrieben wird berichtet, daß sie der Meinung sind, eine öffentliche Kritik an hohen Partei- und Staatsfunktionären schadet dem Ansehen der Partei und der Regierung. Das Zentralkomitee ist anderer Meinung. Ich brauche hier nicht zu wiederholen, was uns Lenin und Stalin über Kritik und Selbstkritik gelehrt haben. Jetzt kommt es aber darauf an, die weisen Lehren von Lenin und Stalin richtig anzuwenden. Dazu gehört in dieser Etappe unseres Kampfes vor allem Kritik und Selbstkritik nicht im stillen Kämmerlein, sondern vor den Massen unseres Volkes.

Mancher Genosse, der seit Jahr und Tag sehr eifrig von der Bewußtseinsbildung sprach, ist plötzlich sehr erschrocken, wenn nun tatsächlich die Arbeiter in den Betrieben, die Frauen in den Wohngebieten mit einem höheren Bewußtsein Forderungen an ihn richten. Es ist eine zwangsläufige, aber durchaus begrüßenswerte Entwicklung, daß unsere Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik höhere Anforderungen an die Partei und an den Staatsapparat stellen. Als ich am vorigen Donnerstag im Berliner Glühlampenwerk sprach, trat in der Kundgebung eine Frau auf und sagte ungefähr folgendes:

„Vor einigen Jahren waren wir zufrieden, daß wir überhaupt Kleider hatten. Heute wollen unsere Frauen schöne Kleider haben und Kleider, die gut halten, gut genäht sind, mit einem guten Garn.“

Ist das eine schlechte Forderung? Nein! Das ist die Forderung von Frauen, die außerordentliche Leistungen in der Produktion vollbringen.

Vor einigen Jahren waren unsere Jugendlichen zufrieden, wenn sie eine Lehr- oder Arbeitsstelle bekamen. Heute genügt das nicht mehr. Als Walter Ulbricht auf dem Eisenhüttenkombinat Ost war, führten Jugendliche nicht darüber Klage, daß sie schlecht untergebracht sind, sondern sie beklagten sich bei Walter Ulbricht, daß ihre Lehrer nichts taugen, daß sie von ihnen nichts lernen können. Ich glaube, daß das ein sehr gutes Zeichen ist.

Vor einigen Jahren waren unsere FDJler sehr erfreut, wenn wir ihnen Lektoren schickten, die ihnen etwas über Marxismus-Leninismus, über die Geschichte Deutschlands und die Arbeiterbewegung erzählten. Heute fordern sie qualifizierte Dozenten und lehnen solche Lehrkräfte ab, die nicht selbst mit der Entwicklung Schritt gehalten und nicht selbst an sich gearbeitet haben.

Unser werktätiges Volk ist nicht gewillt, gewisse Erscheinungen des Bürokratismus in den Handelsorganen noch weiterhin zu dulden. Sie kritisieren die mangelhafte Belieferung mancher HO- und Konsum-Verkaufsstellen, das schlechte Sortiment und die häufig immer noch schlechte Qualität. Das ist das gute Recht und zeugt von dem wachsenden Staatsbewußtsein in der Deutschen Demokratischen Republik.

Natürlich müssen wir unterscheiden zwischen berechtigter Kritik, die helfen und ändern will, und jenen Erscheinungen, die nur im Interesse des Gegners, genährt von Agenten und Hetzmaterial, unseren friedlichen Aufbau zu stören beabsichtigt. Aber um so dringender ist die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in allen Organen der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates. Es wurden in der Partei und auch bei Parteilosen solche Auffassungen laut, als führe die Partei jetzt eine besondere Kampagne der Kritik und Selbstkritik, die nach einer gewissen Zeit ihr Ende finden wird. Auch hierzu muß

in allem Ernst gesagt werden, daß die gründliche und ständige Überprüfung der Arbeit der Einheiten der Partei und Organisationen, der Verwaltungsorgane, wie die Überprüfung der Arbeit des einzelnen Parteimitgliedes zum Stil unserer Arbeitsmethode gehört. Denn Selbstgefälligkeit tötet die Initiative, hemmt uns in unserer Entwicklung und führt schließlich in den Sumpf. Selbstgefälligkeit und Unterdrückung der Kritik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wer seine Arbeit für so schön hält, daß sie keiner Kritik bedarf, wird immer bereit sein, jede kritische Bemerkung zu ignorieren oder sie sogar zu unterdrücken. Die Unterdrückung der Kritik führt uns aber von den Massen fort, statt die Masse unseres Volkes fest um die Partei und den demokratischen Staat zu scharen. Aus diesem Grunde wertet das Zentralkomitee mit so großem Ernst die Fehler des Genossen Lohagen. Weil er nach der Kritik in der „Täglichen Rundschau“ kein Verständnis für seine Fehler aufbrachte, im Gegenteil, sie noch wiederholte, kam das Zentralkomitee zu dem Beschluß, Genossen Lohagen aus dem Zentralkomitee auszuschließen. Genosse Lohagen soll auf einer weniger verantwortlichen Funktion unter Beweis stellen, ob er aus seinen Fehlern gelernt hat. Der Beschluß über Genossen Lohagen soll unserer gesamten Partei demonstrieren, daß das Zentralkomitee nicht gewillt ist, Unterdrückung der Kritik zu dulden, weil diese Unterdrückung eine Gefährdung der Politik der Partei und damit eine Gefährdung unseres Kampfes um die Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplans und um die Erringung des Friedensvertrages bedeutet.

Die Schärfe der Kritik, wie sie auf dem 8. Plenum in erfreulicher Weise, wenn auch noch nicht allseitig erfolgte, ist aber kein Grund, nun in Fehler zu verfallen, wie sie auf Parteischulen häufig praktiziert werden und, ich hoffe, endlich überwunden sind. Ich meine dabei jene Art von Kritik und Selbstkritik, die nichts mehr mit den Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei zu tun hat. Wenn ein Mitglied einen Fehler gemacht hat, soll man darüber sprechen, den Fehler charakterisieren, aber nicht anfangen, darüber philosophische Abhandlungen zu schreiben. Am schlimmsten ist es aber, wenn in der Diskussion über theoretische und historische Fragen Diskussionsredner nicht so-

fort einen völlig einwandfreien Standpunkt beziehen und sie deshalb einem Feuer der Kritik ausgesetzt sind, das in keinem Verhältnis zu der geäußerten falschen Auffassung steht. Ich möchte auch hier wieder an jenes Wort von Stalin in seiner berühmten Arbeit „Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft“ erinnern, in dem er sagte:

„Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann.“<sup>1</sup>

Auch auf der Parteihochschule muß eine Atmosphäre des ersten Ringens über die Probleme geschaffen werden. Der Meinungsaustausch muß völlig frei und ungehindert erfolgen können. Niemand darf sich fürchten, seine Meinung zu äußern, weil die Gefahr besteht, daß er bei einer nicht ganz korrekten Auffassung abgestempelt wird.

Das bedeutet keineswegs die Freiheit für die Propaganda trotzkistischer und titoistischer Auffassungen. Das bedeutet aber das wissenschaftliche Erarbeiten der Lehre des Marxismus-Leninismus, das freien Meinungsaustausch voraussetzt.

Die Schule hat die Aufgabe, Parteikader auf wissenschaftlicher Basis auszubilden. Sie hat die Aufgabe, unsere Kader zu lehren, richtig und verständlich, überzeugend, lebendig zu diskutieren. Zitate von den Lehrmeistern des wissenschaftlichen Sozialismus sind eine gute Sache, aber versteht, solche Zitate im Leben anzuwenden und begreift, daß man bei der Arbeit unter den Massen sehr sparsam, ich möchte sagen, außerordentlich sparsam mit Zitaten sein soll. Es ist außerordentlich nützlich, bestimmte Grundgedanken in die Massen zu tragen, zum Beispiel den Gedanken von der Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze, den Gedanken, daß Sozialismus Frieden bedeutet, wie umgekehrt der Imperialismus Kriege verursacht, zum Kriege drängt und jederzeit bereit ist, neue Kriege zu provozieren. Diese Grundgedanken ins Volk zu tragen, ist eine wichtige, ständig notwendige und ebenso schwierige Aufgabe. Wenn ihr das hier lernt und wenn ihr es dann in eurer praktischen Arbeit richtig

<sup>1</sup> J. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 38.

versteht, dann hat die Schule ihren Zweck erfüllt und ihr werdet wirklich den Marxismus-Leninismus beherrschen lernen. Die Probe aufs Exempel ist immer das Leben, das Leben unter den Massen und mit den Massen. Auch hier wollen wir uns an die weisen Worte des Genossen Stalin halten:

„Die marxistisch-leninistische Theorie meistern bedeutet, sich das Wesen dieser Theorie anzueignen und zu lernen, diese Theorie bei der Entscheidung der praktischen Fragen . . . anzuwenden.“<sup>1</sup>

Keiner soll von der Schule weggehen mit dem Glauben, daß er nun nichts mehr zu lernen habe. Das Leben stellt uns immer neue Fragen und wer an dem Buchstaben haftet, wird auch aus seinem Zitatenschatz nicht die richtige Antwort finden. Nur wer versteht, auf der Grundlage der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus das Leben fest anzupacken, ständig an sich selbst weiterarbeitet, selbstkritisch seine Arbeit überprüft und die Kritik der Massen herausfordert, wird zum Typ unserer neuen bolschewistischen Parteikader gehören.

Einige Bemerkungen über die Arbeit der Partei zur Unterstützung der FDJ. Aus dem ganzen Fragenkomplex greife ich folgende heraus:

1. Die Partei muß der Freien Deutschen Jugend helfen, ihre Schulungsarbeit besser vorzubereiten, leichter und verständlicher durchzuführen. Die jungen Burschen und Mädels sind durchaus bereit, zu lernen. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß ein 15- und 16jähriger die „Geschichte der KPdSU(B)“ als die interessanteste Lektüre ansieht. Es kommt sehr darauf an, wie wir ihm die Lehren der KPdSU näherbringen, wie wir es verstehen, die entscheidenden Grundgedanken durch entsprechende Literatur, durch Film und Ausstellungen lebendig zu machen. Selbstverständlich kann das die FDJ nicht mit den eigenen Kräften erreichen. Dazu braucht sie erfahrene, geschulte Propagandisten. Diese große Zahl von erfahrenen Propagandisten muß die SED der FDJ zur Verfügung stellen. Es hat also keinen Zweck, darüber zu klagen, daß die Mitglieder der FDJ in ungenügender Zahl am FDJ-Schuljahr teilnehmen, wenn die Partei nicht im

<sup>1</sup> „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 442.

weitgehendsten Maße die Schulungsarbeit unterstützt, kontrolliert und immer wieder helfend eingreift.

2. In der FDJ sind Tendenzen der Sektiererei aufgetreten. Sie äußern sich darin, daß manche FDJ-Funktionäre mit 18 oder 20 Jahren vergessen, daß sie junge Menschen sind. Das wäre noch nicht das schlimmste. Aber sie wollen den Mitgliedern der FDJ verbieten, jung zu sein. Das hat sich die Jugend noch niemals gefallen lassen, und auch unsere Jugend läßt sich das nicht gefallen und sie hat recht. Der große Enthusiasmus der Jugend, ihre Bereitschaft zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens, ihre großartigen Manifestationen bei den Weltfestspielen und ähnlichen Anlässen darf die FDJ-Funktionäre nicht zu der Auffassung verleiten, daß die Jugend nur an Arbeit und Kampf, Kundgebungen und Demonstrationen denkt. Für die junge Generation sind das Höhepunkte ihrer Lebensbejahung, ihres Ja zum Frieden, zur Völkerfreundschaft. Das heißt aber nicht, daß sie nicht auch tanzen, singen und fröhlich sein wollen. Die Aufgabe der Partei besteht deshalb darin, alle diese Erscheinungen der Unterschätzung des kulturellen und jugendfrohen Lebens in den Organisationen der FDJ zu überwinden. Die Partei muß der FDJ helfen, ihre Arbeit zu organisieren, daß die Mitglieder der FDJ und nicht nur diese, die ganze Jugend, im Gesang und Spiel, im Tanz und Wandern, in Unterhaltung und kulturellen Veranstaltungen, im Lesen und Diskutieren, die ihr jugendgemäße Art des Kampfes um ein besseres, schöneres und friedliches Leben erblickt. Das bedeutet keineswegs den Verzicht auf das FDJ-Schuljahr, sondern die entsprechende Ergänzung und Bereicherung.

3. Die FDJ hat im vorigen Jahre besonders im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten einen gewaltigen Mitgliederzuwachs erfahren, ohne in der Lage zu sein, die Mitglieder organisatorisch zu erfassen und fest mit der Organisation zu verbinden. Hinzu kam eine gewisse jugendliche Leichtfertigkeit in Fragen der Kassierung, der Zeitungsabrechnung, des Broschürenvertriebs, alles Dinge, die wir aus unserer eigenen Erfahrung aus der Jugendarbeit genügend kennen. Natürlich darf man sich mit dem Zustand nicht abfinden. Selbstverständlich muß unsere Partei

helfen, nicht in der Eigenschaft als Kontrolleur und Vormund, sondern als Kamerad und Helfer.

Wir müssen unseren jungen Freunden mit unseren reichen Organisationserfahrungen helfen, stabile Leitungen in den unteren Einheiten, insbesondere in den Kreisen aufzubauen.

Seien wir uns darüber klar, daß die FDJ-Arbeit und damit die FDJ-Arbeit unter unserer jungen Generation sich in dem Maße bessern und festigen wird, wie unsere Partei es versteht, ihr helfend und ratend zur Seite zu stehen.

In diesem Sinne wurde auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der SED beraten, ausführlich diskutiert und in diesem Sinne muß die Partei ihre Aufgabe erfüllen in der Unterstützung der Arbeit der Freien Deutschen Jugend.

Wir bereiten uns auf die II. Parteikonferenz unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vor. Sie wird vom 9. bis 12. Juli stattfinden. Bis zur Parteikonferenz werden alle Parteileitungen einschließlich der Landesleitungen neu gewählt. Das Zentralkomitee hat die Aufgabe gestellt, in allen Organisationseinheiten der Partei eine gründliche Aussprache über die vorliegenden Dokumente durchzuführen, in ernster, kritischer und selbstkritischer Weise die eigene Arbeit zu überprüfen, ohne Ansehen der Person die Arbeit der Leitungen zu untersuchen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen bei den Neuwahlen zu ziehen. Es gilt jetzt eine breit entfaltete Diskussion in der ganzen Partei durchzuführen und die aktivsten Genossinnen und Genossen in die Leitungen zu wählen unter stärkster Berücksichtigung der Festigung und Stärkung des Arbeiterkerns in allen Parteileitungen. Ich bin überzeugt, daß die Vorbereitung und Durchführung der II. Parteikonferenz, die wir angesichts unseres ganzen Volkes vornehmen werden, unsere Partei aufs neue festigt, sie auf ein höheres Niveau hebt und neue Kader in die führenden Parteipositionen heranbringen wird. Ich bin überzeugt, daß mit der Stärkung der Kraft unserer Partei ein neuer Aufschwung in der Entfaltung des Kampfes um die Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplans, des Kampfes um die Erringung des Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands im ganzen deutschen Volk zu verzeichnen sein wird.

Ich hoffe und wünsche, daß die Parteiorganisation der Partei-

hochschule „Karl Marx“ den hohen Anforderungen entsprechen wird, die das Zentralkomitee an sie stellt: Kader zu erziehen von hohem politischem Bewußtsein, von tiefer Verantwortung gegenüber der Partei und unserem ganzen Volk, von glühendem Patriotismus für ein friedliches, demokratisches, unabhängiges Deutschland, Kader von bolschewistischem Typ, Kader, die im Geiste Marx' und Engels', Lenins und Stalins zu kämpfen gewohnt sind.

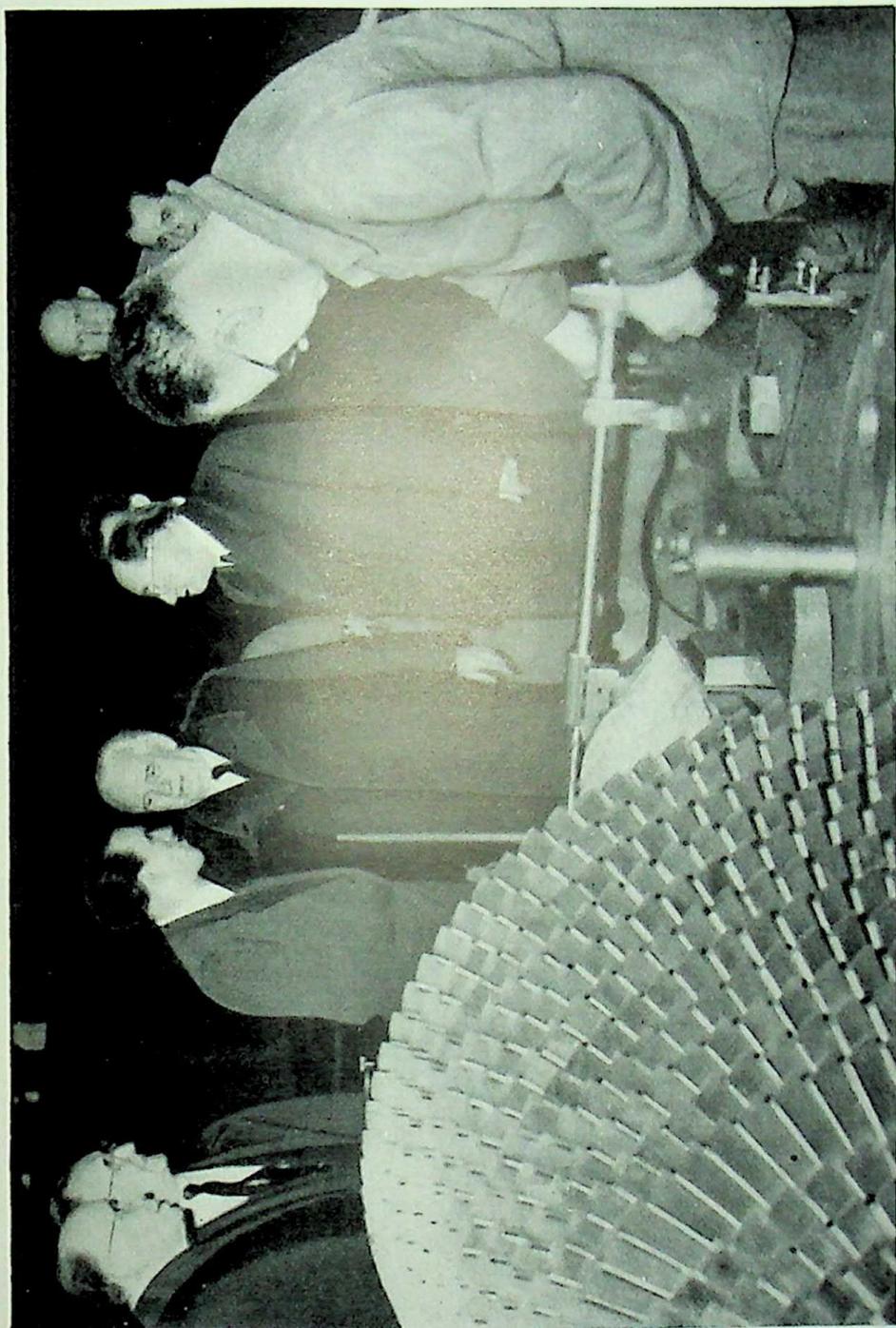
*Nach dem Stenogramm.*

## Mátyás Rákosi — ein konsequenter Kämpfer für die große Idee Lenins und Stalins

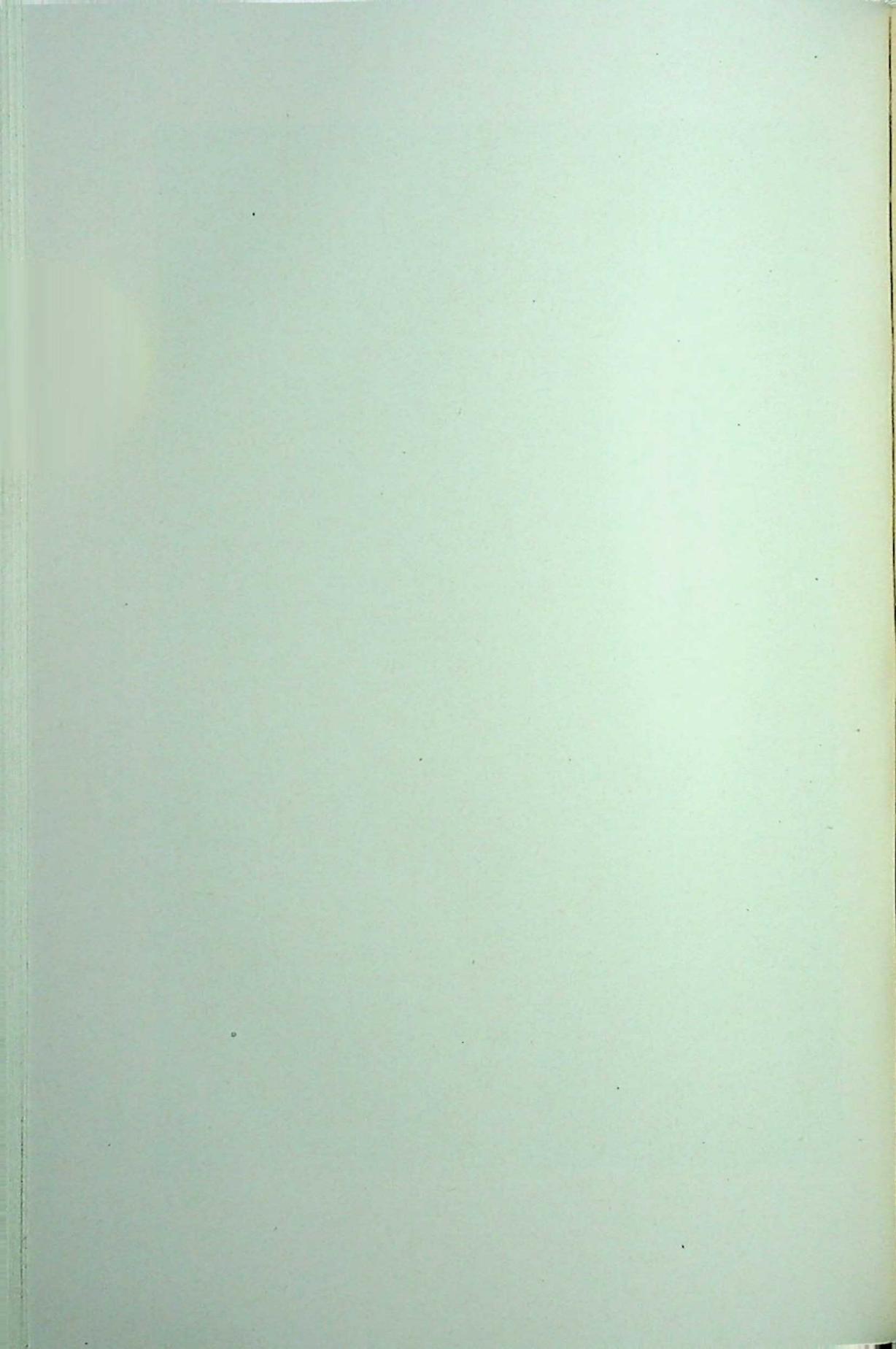
Das fortschrittliche Deutschland hat den Kampf des ungarischen Volkes um seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit stets mit größter Anteilnahme verfolgt. Die Freundschaft zwischen dem ungarischen und deutschen Volke hat alte, schöne Traditionen. Marx und Engels begrüßten voller Begeisterung die große Erhebung des ungarischen Volkes im Jahre 1848 und wünschten ihr im Interesse der ungarischen wie der deutschen Revolution den besten Erfolg. Lajos Kossuth, der große ungarische Patriot und Führer des nationalen Freiheitskampfes gegen die Habsburger Monarchie, wurde für alle deutschen demokratischen, fortschrittlichen Menschen zu einem Symbol wirklichen Patriotismus. Heinrich Heine begeisterte sich für die Werke des ungarischen Heldenpoeten der Revolution von 1848, Sandór Petöfi. Von Heinrich Heine stammen die schönen Worte, mit denen er die Gefühle aller deutschen Demokraten und Patrioten ausdrückte: „Wenn ich den Namen Ungarn hör', wird mir das deutsche Wams zu eng.“

Mit Begeisterung vernahm die revolutionäre deutsche Arbeiterschaft die Nachricht von der Errichtung der Ungarischen Räterepublik nach dem ersten Weltkrieg. Angespornt durch das große sowjetische Beispiel unternahm die ungarische Arbeiterklasse den heroischen Versuch, mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die nationale und soziale Befreiung des ungarischen Volkes herbeizuführen. Einer der tapfersten Kämpfer der Ungarischen Räterepublik war Mátyás Rákosi.

Als Soldat des ersten Weltkrieges war er, Genosse Mátyás Rákosi, in russische Kriegsgefangenschaft gekommen. Dort hatte er Gelegenheit, mit den in der Verbannung lebenden russischen Kampfgefährten Lenins und Stalins in Verbindung zu treten. Als überzeugter Anhänger der bolschewistischen Partei beteiligte



Anläßlich des Staatsbesuches in der Tschechoslowakischen Republik besichtigt Präsident Wilhelm Pieck am 25. August 1951 die CKD-Stalingrad-Werke in Prag



sich Genosse Rákosi in der Partei der Kommunisten  
Jugens. Nach der Gründung der Räterepublik in  
rische Partei wurde er als einer der besten  
Marxismus-Lehrer und als einer der besten  
propagierten und im Kampf für die Freiheit und  
Freiheit zu organisieren.

Er wurde zum Mitglied der Kommunistischen  
Ungarns und im ersten kommunistischen Parteitag  
der Ausrufung der Räterepublik zum ersten  
Rätkomitee-Mitglied ernannt.

Gestützt auf die große Unterstützung der ungarischen Arbeiter  
leistete Genosse Rákosi bei der Organisation der ungarischen  
Roten Armee und bei der Verwirklichung des Roten Proletats eine  
vorzüglichste Arbeit. Diese Arbeit ergab sich in der Arbeitshatall-  
lone im Kampf gegen die Interventionisten. Als die Räte-  
republik der Übermacht der Interventionisten und der inneren Konter-  
revolution erlag, schützten die Arbeiter das Leben des Genossen  
Rákosi, so daß es der Konterrevolution nicht gelang, ihn zu er-  
morden.

Genosse Rákosi führte den Kampf als ein hervorragender  
Funktionär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter-  
nationale weiter. Übermäßig half er der jungen kommunisti-  
schen Bewegung Europas bei ihrer Organisation und Formie-  
rung zu revolutionären Massenparteien. In den Jahren des  
blutigen faschistischen Horthy-Terrors in Ungarn wurde das  
Freundschaftsband zwischen den ungarischen Kommunisten und  
den revolutionären deutschen Arbeitern enger geknüpft. Um der  
Ausrottung durch den ungarischen Faschismus zu entgehen, muß-  
ten Tausende revolutionärer Arbeiter das Land verlassen. Viele  
wandten sich nach Deutschland und übermittelten der deutschen  
Arbeiterschaft ihre Kampferfahrungen, diskutierten gemeinsam  
mit ihnen die Lehren aus den Schwächen und Fehlern der ersten  
proletarischen Erhebung in Ungarn. Schulter an Schulter führten  
deutsche und ungarische Arbeiter den internationalen Kampf  
gegen den blutigen Horthy-Terror.

Dem steckbrieflich geachteten Volkskommisсар der Ungarischen  
Räterepublik drohte, wenn die Horthy-Regierung seiner habhaft  
werden konnte, ein Todesurteil. Ungeachtet dieser Gefahr ging

Genosse Mátyás Rákosi 1925 wieder in seine Heimat, um die Arbeiter und Bauern Ungarns zum Kampf gegen den blutigen faschistischen Terror, zum Kampf für ihre Lebensinteressen aufzurufen und zu organisieren. Nach einigen Monaten gefahrvoller illegaler Tätigkeit fiel er der blutbesudelten Horthy-Polizei in die Hände.

Von diesem Augenblick an wurde Mátyás Rákosi für die gesamte internationale Arbeiterklasse und alle demokratischen, fortschrittlichen Menschen zum Symbol des hartnäckigen Kampfes gegen den Faschismus, der grenzenlosen Hingabe und Treue zur Sache aller unterdrückten Menschen.

In zwei großen Prozessen bewährte sich Genosse Rákosi als ein beispielhafter heldenmütiger Kämpfer, der trotz Todesdrohung und Folter standhaft die Sache des Marxismus-Leninismus, die Sozialistische Sowjetunion, das Vaterland der Werktätigen aller Länder, verteidigte und das Horthy-Tribunal zu einer Anklage gegen die faschistische Barbarei benutzte. Angesichts der drohenden Todesgefahr schleuderte Genosse Rákosi den faschistischen Richtern die Worte ins Gesicht: Mich können die Henker töten, aber den Kommunismus werden sie niemals vernichten!

Die Protestaktionen der fortschrittlichen Menschen aller Länder zwangen das Horthy-Gericht, das geplante Todesurteil in eine Zuchthausstrafe umzuwandeln. Es gehört zu den großen Verdiensten der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Kampf für die Befreiung und Rettung des Genossen Rákosi mit großem Erfolge geführt zu haben.

Durch sein mutiges Auftreten war Genosse Rákosi in den Augen der deutschen Arbeiterklasse zu einer Heldengestalt geworden, wie sie nur die Bewegung des Marxismus-Leninismus, der Leninsche-Stalinsche Geist hervorbringen kann. Es war der gleiche unbeugsame Kampfesgeist, der Georgi Dimitroff vor dem deutschen faschistischen Tribunal und der unseren unvergeßlichen Ernst Thälmann in den Kerkern der Gestapo beseelte.

Zähneknirschend mußte die ungarische Reaktion den moralischen und damit politischen Sieg, die unerschütterliche Standhaftigkeit Rákosis vor Gericht anerkennen und zugeben, daß solche Helden nur im Lager der revolutionären Arbeiterklasse

zu finden sind. Eine bürgerliche Zeitung in Ungarn schrieb zum Rákosi-Prozeß:

„Wir schämen uns, daß die Idee des Kommunismus Fanatiker erzeugt, denen die Idee höher steht als ihr Leben. Die bürgerliche Welt besitzt solche Leute nicht.“

Den Horthy-Henkern gelang es nicht, Rákosi in 15 martervollen Zuchthausjahren zu vernichten. Mit großer Freude hörten wir 1940 die Nachricht, daß die Sowjetregierung Genossen Rákosi den Klauen seiner Henker entrissen hatte. Ungebrochen verließ Genosse Mátyás Rákosi das Zuchthaus, um in der Sowjetunion, der er Freiheit und Leben verdankte, den Kampf für die Freiheit seines eigenen Volkes weiterzuführen. Unermüdlich rief Genosse Rákosi über den Rundfunk, durch Schriften und Flugblätter das ungarische Volk zum Kampf gegen den Horthy-Faschismus und gegen die nazistischen deutschen Okkupanten auf.

Nach der Befreiung Ungarns durch die siegreiche Sowjetarmee wurde Mátyás Rákosi als Führer der Kommunistischen Partei Ungarns zum Führer der Nation, zum Organisator des Wiederaufbaus, zum Kämpfer gegen die innere Reaktion und für die Demokratisierung des Landes.

Unter seiner Leitung wurde mit der Gründung der Partei der Ungarischen Werktätigen die Einheit der ungarischen Arbeiterklasse hergestellt und damit die Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in Ungarn geschaffen.

Der durch Genossen Rákosi vorbereitete und geleitete Gründungskongreß der Partei der Ungarischen Werktätigen, der die Vereinigung der Kommunistischen Partei Ungarns mit der von Opportunisten und Verrätern gesäuberten Sozialdemokratischen Partei Ungarns vollzog, war für die deutsche Arbeiterbewegung von besonders großer Bedeutung. Es war das erste Mal nach der faschistischen Kapitulation, daß eine Vertretung der deutschen Arbeiterbewegung, die Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zum Kongreß einer Bruderpartei eingeladen wurde und dort als gleichberechtigtes Glied der internationalen Familie der Arbeiterparteien begrüßt und anerkannt wurde. Die herzliche Begrüßung und Gastfreundschaft, die Genosse Mátyás Rákosi den Vertretern der SED zuteil werden ließ, war dem Genossen Grotewohl und mir ein unvergeßliches Erlebnis. Für die

Erziehung unserer eigenen Partei zum proletarischen Internationalismus, zu der großen Idee der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern war deshalb der Gründungskongreß der Partei der Ungarischen Werktätigen von größter Bedeutung.

Genosse Rákosi, an der Spitze der ungarischen Arbeiterschaft und des ganzen ungarischen Volkes stehend, wurde zum Vorkämpfer und Bahnbrecher enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem ungarischen und dem deutschen Volk. Durch seine Treue zu den großen Lehren des Marxismus-Leninismus, durch sein eigenes anfeuerndes Beispiel des proletarischen Internationalismus schuf er die Voraussetzungen für ein neues Verhältnis zwischen dem ungarischen und dem deutschen Volk. Er weckte im ungarischen Volk das Verständnis für den Kampf der deutschen Demokraten und Patrioten um ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland.

Gestützt auf die Freundschaft unserer beiden Völker zur großen Sozialistischen Sowjetunion hat sich das Freundschaftsverhältnis zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ständig gefestigt. Beweis dafür sind die zwischen unseren Staaten abgeschlossenen Verträge, die immer enger werdenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Völker.

Wir begrüßen in der Person des Genossen Mátyás Rákosi den unbeugsamen Revolutionär, den konsequenten Kämpfer für die große Idee Lenins und Stalins, den Führer der Partei der Ungarischen Werktätigen, den geliebten Führer seiner ungarischen Heimat, den aufrichtigen Freund des deutschen Volkes. Unter Führung des Genossen Mátyás Rákosi schreitet die Partei der Ungarischen Werktätigen von Erfolg zu Erfolg und errichtet die festen Fundamente des Sozialismus. Unter seiner Führung ist die Volksrepublik Ungarn ein erfolgreicher Streiter im großen Weltfriedenslager, an dessen Spitze die Sowjetunion und der Bannerträger des Weltfriedens, Genosse Stalin, stehen.

Dezember 1951.

*Vorwort zu Mátyás Rákosi,  
„Wir bauen ein neues Land“,  
Dietz Verlag, Berlin 1952.*

# Ewige Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volk!

*Aus der Rede auf dem Staatsbankett zu Ehren von Präsident  
Klement Gottwald  
11. März 1952*

Hochverehrter Genosse Präsident, mein lieber Freund Klement Gottwald!

Meine sehr geehrten Damen und Herren der tschechoslowakischen Regierungsdelegation!

Es ist mir eine große Freude, die Vertreter des tschechoslowakischen Volkes in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, begrüßen zu können. Mit ganz besonderer Herzlichkeit begrüße ich Sie, hochverehrter Genosse Präsident, als den höchsten Repräsentanten der uns befreundeten Tschechoslowakischen Republik.

Während meines Staatsbesuches in Prag konnte ich mich von den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft überzeugen, die das tschechoslowakische Volk dem neuen, demokratischen und friedliebenden Deutschland entgegenbringt. Ich empfand mit tiefer Dankbarkeit, daß die Menschen der Tschechoslowakischen Republik, denen die faschistischen deutschen Okkupanten so unermeßliches Leid zugefügt haben, das deutsche Volk nicht mit den Hitlerbarbaren gleichstellen. Es erfüllte mich mit Genugtuung, daß die demokratischen Kräfte Deutschlands sich durch ihren Kampf um ein friedliches Vaterland bei den einfachen Menschen der Tschechoslowakischen Republik Vertrauen und Achtung erworben haben. Aus allen diesen Gründen ist es mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen, Genosse Präsident, noch einmal für Ihre Einladung und Gastfreundschaft sowie dem gesamten tschechoslowakischen Volke für die vielen Beweise des Vertrauens und der Freundschaft, die uns bei unserem Besuch entgegengebracht wurden, herzlichst zu danken.

Der Gegenbesuch des höchsten Repräsentanten der Tschechoslowakischen Republik in der Deutschen Demokratischen Repu-

blik ist für alle friedliebenden Deutschen ein überragendes und freudiges Ereignis. Er bekräftigt die enge freundschaftliche Verbundenheit zwischen unseren beiden Staaten. Er unterstreicht die Gemeinsamkeit der Interessen unserer Völker, die für den friedlichen Aufbau große Leistungen vollbringen und ein wohlhabendes und glückliches Leben für alle Werktätigen anstreben.

Das tschechoslowakische Volk war jahrhundertlang der brutalsten Unterdrückung durch deutsche Grundherren, Bankfürsten und Militaristen ausgesetzt. Die faschistischen Okkupanten steigerten die nationale Unterdrückung des tschechoslowakischen Volkes bis zu unmenschlichen Verbrechen. Diese imperialistische deutsche Politik widersprach jedoch den Interessen des deutschen Volkes. Darum kämpften während der Hitlerherrschaft die deutschen Patrioten Schulter an Schulter mit den tschechoslowakischen Widerstandskämpfern gegen die faschistischen Tyrannen.

Die siegreiche Sowjetarmee zerschmetterte das faschistische Untier. Gemeinsam mit anderen europäischen Völkern konnte das tschechoslowakische Volk befreit aufatmen. Der historische Sieg der Sowjetarmee ermöglichte es den Völkern Ost- und Südosteuropas, ihre eigenen Unterdrücker zu verjagen und die Herrschaft des werktätigen Volkes zu errichten.

Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus brachte die ruhmreiche Sowjetarmee aber auch dem deutschen Volke die Befreiung von der brutalsten und blutigsten Herrschaftsform des deutschen Monopolkapitals. Ja, mehr als das; sie half uns, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik den Nazismus und Militarismus auszurotten und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen. Die uneigennützigte Hilfe der Sowjetunion ermöglichte es uns, die ärgsten Folgen des Hitlerkrieges zu überwinden und einen großzügigen und planmäßigen wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau in Angriff zu nehmen.

Keine Regierung und keine Armee des zweiten Weltkrieges ist so wie die Sowjetregierung und die Sowjetarmee ihrer Befreiungsmision bis zu Ende treu geblieben. Daraus erwächst die unverbrüchliche Freundschaft, die unsere Völker mit den Völkern der Sowjetunion verbindet, sowie die Liebe und Verehrung, die sie für den großen Stalin hegen. Unsere gemeinsame Freundschaft zur Sowjetunion bildet die feste Grundlage

der dauerhaften Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volk. Im gesamten Friedenslager herrscht in den Beziehungen zwischen den Staaten heute ein neues Prinzip, das Stalinsche Prinzip der Gleichberechtigung und Souveränität, der Achtung und der Freundschaft, der gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfe und der kulturellen Zusammenarbeit der Völker.

Am sichtbarsten wird die Gemeinsamkeit der Interessen unserer Völker im Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Das deutsche Volk verlangt den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, damit es seine nationale Einheit und staatliche Unabhängigkeit wiederherstellen kann. Gleichzeitig aber wird der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nach den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens für alle europäischen Völker die wirksamste Garantie gegen neue Aggressionskriege sein. Die berechtigte Forderung des deutschen Volkes nach einem Friedensvertrag liegt also im Interesse aller friedliebenden Völker.

Die Sowjetunion und die Volksrepubliken haben diesen Standpunkt auf allen internationalen Konferenzen konsequent vertreten und damit dem deutschen Volke unschätzbare Hilfe erwiesen. Die Sowjetregierung hat am 10. März 1952 mit ihrer neuen Note an die Westmächte einen weiteren außerordentlich bedeutungsvollen Schritt für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland getan. Unter Hinweis auf das Schreiben an die vier Mächte, in dem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gebeten hat, dem deutschen Volk fast sieben Jahre nach Beendigung des Krieges unverzüglich einen Friedensvertrag zu gewähren, schlägt die Sowjetregierung vor, den Entwurf eines Friedensvertrages vorzubereiten und einer entsprechenden internationalen Konferenz zur Prüfung vorzulegen.

Die Sowjetregierung erklärt ausdrücklich, daß ein solcher Friedensvertrag nur unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden kann. Der von der Sowjetregierung vorgeschlagene Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland basiert auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung aller Völker. Er beinhaltet die Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf nationale Einheit und die Wiederherstellung seiner unein-

geschränkten Souveränität. Sie wird gewährleistet durch den Vorschlag, sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages abziehen und alle ausländischen Militärstützpunkte auf dem Gebiete Deutschlands zu liquidieren.

Der Vorschlag der Sowjetregierung, in dem Friedensvertrag vorzusehen, daß Deutschland keinerlei Beschränkungen seiner Friedenswirtschaft, seines Handels mit anderen Ländern, seiner Seeschifffahrt und seines Zugangs zu den Weltmärkten auferlegt werden dürfen, ist von größter Bedeutung, denn er sichert dem deutschen Volke ein Leben in Arbeit und Wohlstand. Die friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland werden die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Verpflichtung Deutschlands, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen am Krieg gegen Hitlerdeutschland beteiligten Staat richten, mit freudiger Zustimmung aufnehmen.

Das deutsche Volk lehnt es entschieden ab, daß der deutsche Militarismus wieder großgezüchtet wird. Es nimmt aber mit Genugtuung den Vorschlag der Sowjetregierung auf, daß es Deutschland gestattet sein soll, die zur Verteidigung des Landes notwendigen nationalen Streitkräfte zu haben.

Diese entscheidenden Grundsätze des sowjetischen Vorschlags für einen Friedensvertrag zeugen von der Bereitschaft und dem Willen der Sowjetregierung, das deutsche Volk als gleichberechtigten Partner in die Familie der friedliebenden Völker aufzunehmen. Wir sind überzeugt davon, daß ein solches einheitliches Deutschland, in dem allen friedliebenden Bürgern die demokratischen Rechte gewährleistet sind, in dem es aber für Feinde der Demokratie und des Friedens keinen Platz gibt, auch ein guter Nachbar aller friedliebenden Völker sein und normale Beziehungen zu ihnen herstellen wird.

Diese großartige Initiative der Sowjetregierung wird zweifellos der breiten nationalen Massenbewegung unseres Volkes für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages neue kraftvolle Impulse geben. Ich möchte deshalb an dieser Stelle im Namen aller friedliebenden Deutschen der Sowjetregierung unseren herzlichsten Dank für diesen neuen Akt echter Völkerfreundschaft aussprechen. Unser besonderer Dank aber gilt dem Vor-

sitzenden des Ministerrates der Sowjetregierung, unserem besten Freund und Helfer, Josef Wissarionowitsch Stalin.

Ich bin fest davon überzeugt, daß alle Völker, die vom Hitlerfaschismus überfallen wurden und am Krieg gegen ihn teilnahmen, diese neue Friedensinitiative der Sowjetregierung begrüßen werden. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland liegt im Interesse aller europäischen Völker, insbesondere der unmittelbaren Nachbarn Deutschlands. Auch für das friedliebende tschechoslowakische Volk wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland, in dem Militarismus und faschistische Reaktion nie wieder das Haupt erheben können, die beste Sicherheit. In einem solchen Deutschland wäre jede chauvinistische Revanchepropaganda gegen die Tschechoslowakische Republik unmöglich. Mit dem Abzug der amerikanischen Okkupanten würden auch die amerikanischen und sonstigen reaktionären Agentenzentralen aus Westdeutschland verschwinden, die Spione und Saboteure in die Tschechoslowakische Republik entsenden. Mit der friedlichen Lösung des deutschen Problems würde jede Form des amerikanischen Krieges, der kalte ebenso wie der heiße Krieg, in Europa unmöglich gemacht. Ebendarum wird der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen.

Die Voraussetzungen für einen Friedensvertrag mit einem einheitlichen Deutschland können aber nicht durch eine Kommission amerikanisch-englischer Vasallen geschaffen werden, die sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen einmischen soll. Darum haben die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in Paris vor dem Ausschuß der Organisation der Vereinten Nationen diese entwürdigende Einmischung entschieden abgelehnt. Sie haben dabei die volle Unterstützung der Vertreter der großen Sozialistischen Sowjetunion, der Tschechoslowakischen und der Polnischen Republik gefunden, die als entschiedene Fürsprecher des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes auftraten. Ich benutze die Gelegenheit, Ihnen, Genosse Präsident, für diese Haltung der Vertreter der Tschecho-

slowakischen Republik im Namen des ganzen deutschen Volkes unseren aufrichtigen Dank auszusprechen.

Während sich die Sowjetregierung uneigennützig für einen deutschen Friedensvertrag einsetzte, diktierten die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs, entgegen dem Willen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, Adenauer den sogenannten Generalvertrag. Dieser Generalvertrag sieht die Stellung deutscher Truppenkontingente für die geplante Europa-Armee, die ständige Stationierung starker ausländischer Angriffstruppen auf deutschem Boden und die schrankenlose Ausnutzung der Schwerindustrie von Rhein und Ruhr für die Aufrüstung vor. In London und Lissabon sind weitere Schritte getan worden, um eine neue Wehrmacht unter faschistischen Generalen aufzustellen und Westdeutschland zum Aufmarschgebiet für die amerikanische Aggressionspolitik in Europa zu machen.

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland darf man jedoch nicht nur die Kriegstreibereien der amerikanisch-englischen und der westdeutschen Imperialisten sehen. Obwohl sie vor Lüge und Betrug, Unterdrückung und Terror nicht zurückschrecken, haben sie es nicht vermocht, den Friedenswillen der westdeutschen Bevölkerung zu ersticken. Trotz aller Ablehnungen und Verleumdungen seitens der Bonner Kriegstreiber haben die Vorschläge und Maßnahmen der Regierung und Volkskammer unserer Republik in steigendem Maße die Zustimmung von Millionen friedliebender Menschen in Westdeutschland gefunden. Die ständige Friedensinitiative unserer Regierung hat wesentlich zur Mobilisierung des Volkes gegen den Kriegskurs der Adenauer-Regierung und der imperialistischen Hohen Kommissare beigetragen.

Seit der offenen Verkündung der Remilitarisierung zeigen sich immer deutlicher tiefgehende Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis in Westdeutschland. Die zahlreichen Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsbeschlüsse, die Proteststreiks anlässlich der Schumanplan- und Wehrdebatten im Bundestag zeigen, daß die Arbeiterklasse aktiv auf den Plan getreten ist und den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen aufnimmt. Die Arbeiterschaft fordert die strikte Ablehnung der geplanten allgemeinen Wehrpflicht. Die Jugend aus den verschiedensten

politischen Lagern und Konfessionen wehrt sich mit Entschiedenheit dagegen, zum Kanonenfutter für imperialistische Interessen gemacht zu werden. Bauern, denen ihr Land zum Bau von Flughäfen und Truppenübungsplätzen abgenommen werden sollte, verhinderten die Aussiedlung. Auch in den Reihen des Bürgertums nimmt die Aktivität gegen den Kriegskurs der Adenauer-Regierung, gegen ihre Spaltungspolitik und gegen die Vergewaltigung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung zu. Alles das spricht dafür, daß in Westdeutschland eine politische Krise heranreift.

Dagegen gibt unsere Republik den friedliebenden Menschen in Westdeutschland das große Beispiel, wie ohne versklavende Anleihen, ohne Auslieferung der Grundstoffindustrie an amerikanische Monopole, ohne Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Aufstieg zu einer gesunden, starken und auch friedlichen deutschen Wirtschaft möglich ist. Dieses große Beispiel ist der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Werktätigen setzen alle Kräfte und Fähigkeiten ein, um die großen Aufgaben zu lösen, die das zweite Jahr des Fünfjahrplans ihnen stellt. In diesem Jahre nehmen wir eine umfassende Wiederherstellung, einen Um- und Ausbau unserer Wirtschaft vor. Das ist eine Aufgabe von großer politischer und ökonomischer Bedeutung, die an alle Organe der Wirtschaft und des Staatsapparates erhöhte Anforderungen stellt. Naturgemäß treten dabei auch Schwierigkeiten auf. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Entfaltung der Kritik von unten uns helfen wird, die Aufgaben dieses entscheidenden Jahres unseres Fünfjahrplans ebenso erfolgreich zu lösen, wie wir die des ersten Jahres gelöst haben.

Diese Erfolge verdanken wir in erster Linie der Initiative und den Leistungen unserer Aktivisten, Helden der Arbeit und Meisterbauern, dem Arbeitsenthusiasmus unserer werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land. Unsere Regierung setzt alles daran, damit die werktätigen Menschen auch in den Genuß der Früchte ihrer Arbeit kommen. Das geschieht nicht nur durch die Verbesserung der materiellen Lebenslage der Werktätigen. Von großer Bedeutung ist auch, was bei uns für die Pflege und Weiterentwicklung der großen und guten Traditionen der deutschen

Kultur getan wird. Betriebsschulen, vielfältige Berufsschulen, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, Volkshochschulen und die Einrichtungen unserer demokratischen Sportbewegung gestatten unserer Jugend, alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zu entfalten.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs in unserer Republik wird um so größer, je mehr sich in Westdeutschland die verheerenden Folgen der Kriegswirtschaft bemerkbar machen. Der Übergang zur offenen Aufrüstung und die militärischen und finanziellen Verpflichtungen für die sogenannte Europa-Armee werden unvermeidlich die Lage der Werktätigen und großer Teile der Intelligenz immer weiter verschlechtern. Angesichts dessen ist es verständlich, daß jede wirtschaftliche Verbesserung, jeder neu errichtete Betrieb, jede neu eröffnete Schule und jede sonstige kulturelle Errungenschaft in unserer Republik zugleich ein wichtiger Beitrag zur Verstärkung des Kampfes um den Friedensvertrag und die Einheit unseres Vaterlandes ist.

Auch auf diesem Abschnitt unseres gemeinsamen Friedenskampfes wirkt sich das neue freundschaftliche Verhältnis zwischen unseren Völkern vorteilhaft aus. Nach meinem Besuch in Prag wurde ein langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen. Dieses Handelsabkommen berücksichtigt die Wirtschaftspläne beider Länder und trägt zu ihrer Verwirklichung bei. Die Deutsche Demokratische Republik erhält durch die Verträge, die sie mit der Sowjetunion, mit der Tschechoslowakischen Republik und den anderen Volksrepubliken abgeschlossen hat, die Möglichkeit, sich bei wichtigen Produkten von der unsicheren Einfuhr aus den kapitalistischen Ländern unabhängig zu machen. Dank der gegenseitigen Hilfe der befreundeten Länder können wir die hohen Ziele unseres Fünfjahrplans nicht nur erreichen, sondern wahrscheinlich noch überbieten. Nicht wenig trägt dazu auch der sich immer mehr entfaltende Erfahrungsaustausch auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiete bei.

Die Deutsche Demokratische Republik tut ihrerseits alles, was

in ihren Kräften steht, um entsprechend den abgeschlossenen Verträgen dem tschechoslowakischen Volke zu helfen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen. Mit lebhafter Anteilnahme verfolgt die Bevölkerung unserer Republik die Erfolge, die beim Bau des großen Hüttenkombinats „Klement Gottwald“ erzielt worden sind. Das gleiche gilt für die großen Fortschritte, die die Industrialisierung der Slowakei gemacht hat. Unsere Bevölkerung versteht sehr gut, daß jeder Fortschritt und jede Errungenschaft uns befreundeter Völker bei ihrem staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus stärken. Sie betrachtet sie daher auch als ihre eigenen Erfolge. Diese wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit wird unsere Völker noch enger zusammenschließen und ihr freundschaftliches Verhältnis zueinander vertiefen.

Damit schaffen wir die unzerstörbaren Grundlagen für Freundschaft und gute Nachbarschaft zwischen unseren Völkern. Wir stehen vor dem 15. März, dem Jahrestag der Besetzung Prags durch deutsche faschistische Truppen. Er wird uns Deutschen für alle Zeiten eine Warnung und Mahnung sein. Nie wieder soll die deutsche Jugend Prag, die schöne Hauptstadt der Tschechoslowakischen Republik, heimtückisch überfallen. Wir wollen mit allen unseren Kräften dafür sorgen, daß sich unsere Jugend — wie bei den Weltfestspielen in Prag, Budapest und Berlin — stets nur im Geiste der Völkerfreundschaft begegnet.

Die westlichen Imperialisten regten sich furchtbar auf, als unsere Regierungen erklärten, daß es keine strittigen Fragen mehr zwischen unseren Völkern gibt. Es gefällt ihnen nicht, daß sie unsere Völker nicht mehr gegeneinander ausspielen können. Diese Kriegstreiber mögen es sich gesagt sein lassen, die Freundschaft zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf festen und unzerstörbaren Grundlagen. Sie entspricht den nationalen Interessen beider Völker und dient der Erhaltung des Friedens in Europa. Sie stärkt das unbesiegbare Lager des Friedens, an dessen Spitze die mächtige Sowjetunion steht. Darum werden wir alle Kräfte einsetzen, um das ganze deutsche Volk für diesen Freundschaftsbund zu gewinnen.

Es lebe die ewige Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volke!

Es lebe die Tschechoslowakische Republik und ihr Präsident, der unbeirrbar Kämpfer für Frieden und Sozialismus, Genosse Klement Gottwald!

Es lebe unsere gemeinsame Freundschaft zur Sowjetunion, der ersten Friedensmacht der Welt!

Es lebe unser aller Freund und Lehrer, der große Stalin!

*„Neues Deutschland“ vom 13. März 1952.*

# Der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Wilhelm Liebknecht und August Bebel

*Eine stolze Tat der Begründer der deutschen Sozialdemokratie*

Am 26. März 1872 wurden Wilhelm Liebknecht und August Bebel nach einer vierzehntägigen Verhandlung von dem Schwurgericht in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Gegenstand der Anklage war der Kampf der beiden Arbeiterführer gegen die von Bismarck betriebene Eroberungspolitik im preußisch-französischen Krieg, die in der Annexion Elsaß-Lothringens ihren Ausdruck fand.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen die Bismarcksche Eroberungskriegspolitik und ihre Solidarität mit der Pariser Kommune, dieser ersten Arbeiter-Staatsmacht der Weltgeschichte, gehören zu den großen ehrenhaften Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Hintergründe des ersten großen politischen Prozesses gegen die Führung der jungen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die kluge agitatorisch und propagandistisch wirksame Taktik der drei Angeklagten vor den Schranken des Gerichtes, die Demaskierung des Schwurgerichts als eines gefügigen Werkzeuges der Bismarckschen reaktionären Gewaltpolitik verdienen eine ernste politische Würdigung. Wilhelm Liebknecht und August Bebel verstanden es in beispielhafter Weise, den Prozeß in eine scharfe Anklage gegen das halbfeudal-großbourgeoise kaiserliche Deutschland und in eine wirkungsvolle Propaganda für den Sozialismus zu verwandeln. In dem ständig überfüllten Gerichtssaal, vor den Vertretern fast aller großen deutschen Zeitungen, hielten Wilhelm Liebknecht und August Bebel unter Bezugnahme auf die Anklage wahre Vorträge über die Lehren von Marx und Engels, über die Grundsätze und Taktik einer revolutionären deutschen Arbeiterpartei.

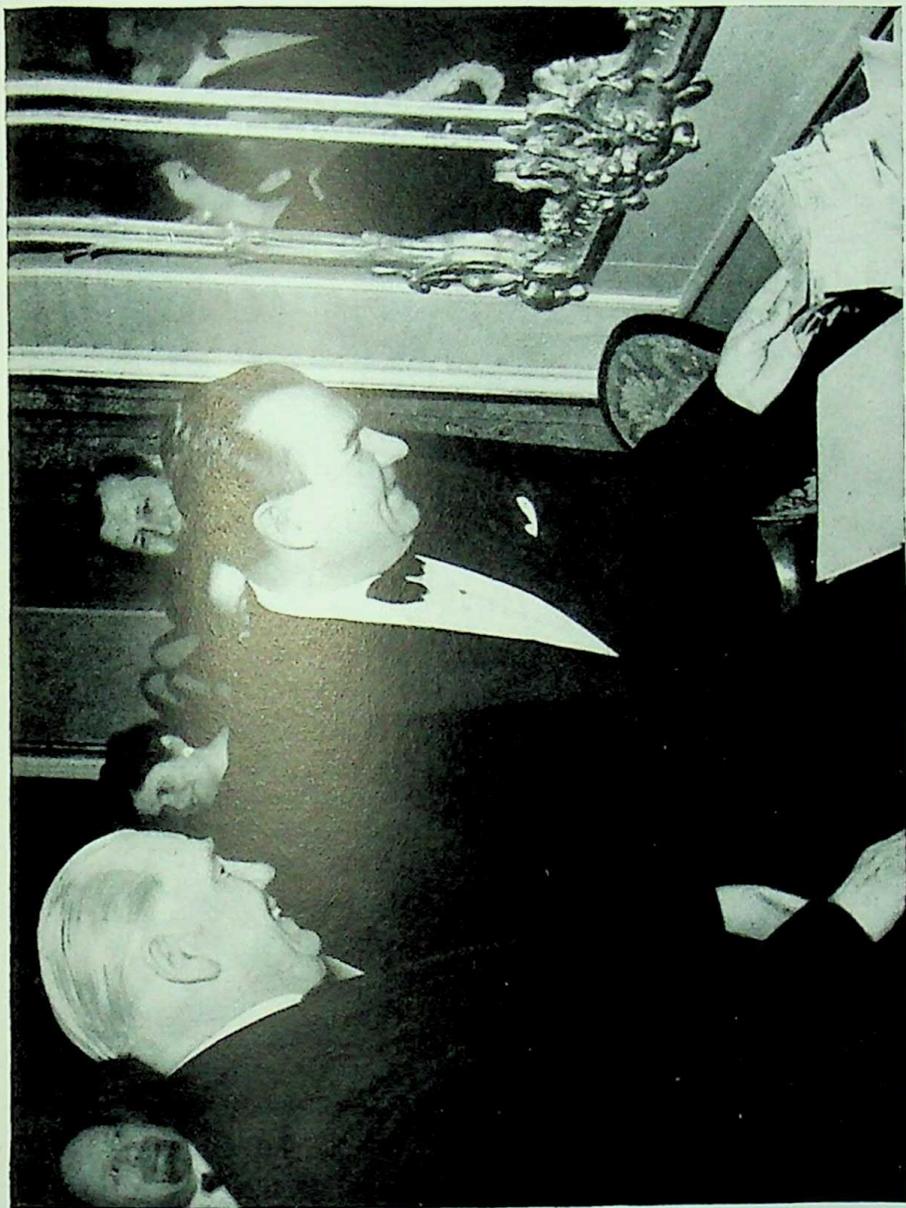
„Mit der politischen Bilanz konnten wir zufrieden sein“, schrieb Wilhelm Liebknecht im Vorwort zum „Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner“. Der Hochverratsprozeß, der die Sozialdemokratische Partei vernichten sollte, gab ihr nach den Worten Wilhelm Liebknechts

„einen mächtigen Aufschwung... Die Gegner, die uns vernichten gewollt, hatten uns eine Tribüne gegeben, von der wir zu ganz Deutschland reden und die über unsere Partei verbreiteten Lügen und falschen Vorstellungen widerlegen und aufklären konnten.“

### *Die Hintergründe des Prozesses*

Die erste Verhaftung Bebels und Liebknechts erfolgte bereits am 17. Dezember 1870. Sie kam ihnen nicht überraschend. Am 12. September 1870 waren die Mitglieder des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (Braunschweiger Ausschuß), Bracke, Bonhorst, Spier, Kühn und der Buchdruckereibesitzer Sievers, verhaftet worden. Mit Ketten gefesselt, wurden sie nach der ostpreußischen Festung Lötzen transportiert. Der Oberstkommandierende in Norddeutschland, General Vogel von Falckenstein, befahl außerdem die Verhaftung des Sozialdemokraten Geib und des Demokraten Johann Jacoby wie des Gutsbesitzers Herbig. Jacoby hatte sich in einer Rede in Königsberg gegen Annexionen ausgesprochen und Herbig das Verbrechen begangen, diese Versammlung zu leiten.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bedauerte, daß nicht auch Bebel und Liebknecht zu den Verhafteten zählten. Das lag nicht an Vogel von Falckenstein. Die Verhaftung der führenden Sozialdemokraten wurde von Bismarck gewünscht. Der Festsetzung von Liebknecht und Bebel standen aber zwei Hindernisse entgegen. Beide waren Abgeordnete des Norddeutschen Reichstages. Die bürgerlichen Abgeordneten hatten keine große Neigung, die eben gewonnenen Rechte des Parlaments durch Aufhebung der Immunität aus politischen Gründen einzuschränken. Sie waren sich bei der despotischen Politik des Junkers Bismarck nicht sicher, ob er sich mit der Verhaftung sozialdemokratischer Abgeordneter begnügen würde. Das andere Hin-



Beim Empfang in Schloß Niederschönhausen sehen Präsident Klement Gottwald und Präsident Wilhelm Pieck die zahllosen Grußtelegramme durch, die anlässlich des Staatsbesuches des Präsidenten Klement Gottwald in der Präsidentskanzlei eingegangen sind



dernis waren gewisse partikularistische Vorbehalte bei der sächsischen Regierung gegenüber der Bismarckschen Machtpolitik, die sie veranlaßte, nicht unmittelbar dem Drängen des Hauptquartiers auf Verhaftung von Liebknecht und Bebel stattzugeben.

Die sächsischen Behörden warteten das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages ab. Das war am 10. Dezember 1870. Eine Woche später befanden sich Liebknecht und Bebel im Leipziger Bezirksgericht.

Die Ursachen der Bismarckschen Gewaltpolitik gegen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei waren das Auftreten von Liebknecht und Bebel im Norddeutschen Reichstag gegen den zum offenen Annexionskrieg gewordenen Feldzug, die Massenagitation der Partei unter den Arbeitern für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Frankreich ohne Annexionen. Am 26. November 1870 schloß Wilhelm Liebknecht seine Rede im Reichstag gegen neue Kriegskredite mit den Worten:

„Die Anleihe, die man von uns fordert, ist für die Durchführung der Annexion bestimmt, wie das ja auch aus dem Wortlaut der Thronrede hervorgeht. Die Annexion aber bringt uns nicht den Frieden, sondern den Krieg. Indem sie auch nach dem Frieden eine beständige Kriegsgefahr schafft, befestigt sie in Deutschland die Militärdiktatur... Aus diesen Gründen bin ich natürlich gegen die Kriegsanleihe und habe mit meinem Freunde Bebel den Antrag auf Verweigerung derselben gestellt.“<sup>1</sup>

Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages betrogen sich damals genauso wie die Mehrheit der Bonner Parlamentarier, wenn ihnen von den kommunistischen Abgeordneten die Wahrheit gesagt wird. Drohrufe wie „Haut ihn!“, Verwünschungen der gemeinsten Art, Ordnungsrufe durch den Präsidenten und Wortentzug waren die „geistigen“ Argumente gegen die klaren Friedensforderungen, die Wilhelm Liebknecht und August Bebel im Namen und im Interesse der deutschen Arbeiter erhoben.

Trotz der chauvinistischen Hetze, die mit dem Abschluß des Annexionsfriedens hohe Wellen schlug, und trotz der Inhaftierung konnte August Bebel seinen Wahlkreis in einer neuen

<sup>1</sup> Zitiert in August Bebel, „Aus meinem Leben“, Zweiter Teil, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 173.

Wahl im März 1871 mit 7344 Stimmen gegenüber 4679 Stimmen, die sein Gegner Schulze-Delitzsch bekam, behaupten. Der zweite sozialdemokratische Abgeordnete, Schrapf, stellte am 27. März 1871 den Antrag, August Bebel aus der Haft zu entlassen. Der Debatte im Reichstag kam die sächsische Regierung mit der Freilassung von Bebel und Liebknecht am 28. März 1871 zuvor.

Auch der Braunschweiger Ausschuß mußte freigelassen werden. Doch die Untersuchung ging weiter. Bismarck ließ nicht nach. Wegen einer Reihe von Polizeiverstößen wurden Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn zu Gefängnisstrafen verurteilt. Gegen Bebel und Liebknecht lief das Verfahren wegen Hochverrats weiter. August Bebel hatte mit seiner tapferen Solidaritätserklärung für die Pariser Kommune die Wut aller Generale und Rüstungsindustriellen hervorgerufen. Die folgenden Worte Bebels haben Bismarck, wie dieser später sagte, die Gefährlichkeit des Sozialismus vor Augen geführt. Am 25. Mai 1871 erklärte August Bebel zu dem Heldenkampf der Pariser Kommunarden:

„Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird.“<sup>1</sup>

In dem Getobe der bürgerlichen Presse zu diesen Worten der internationalen Solidarität erklärte Wilhelm Liebknecht im „Volksstaat“, dem Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands:

„Was Bebel gesagt, hat er sagen müssen; es war seine Pflicht, für die Kommune einzutreten!“<sup>2</sup>

August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten mit ihrer Haltung im Norddeutschen Reichstag gegen die von Bismarck geforderten Kriegskredite, ihrer Ablehnung jeder Annexion und ihrer

<sup>1</sup> Franz Mehring, „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“, 4. Bd., Stuttgart 1909, S. 21.

<sup>2</sup> Zitiert in August Bebel, „Aus meinem Leben“, Zweiter Teil, S. 197.

proletarischen Solidaritätserklärung für die Pariser Kommune dem deutschen Proletariat eine klare Orientierung im Kampf gegen den Krieg und gegen das neu gegründete kaiserliche Deutschland gegeben. Der reaktionäre Junker Bismarck handelte völlig in Übereinstimmung mit den Interessen der Krupp, Borsig, Stumm und Mannesmann, als er jetzt das Feuer des Kampfes gegen die junge Sozialdemokratische Arbeiterpartei richtete. Ein Mittel dieses Kampfes war der von Bismarck gewünschte und auf sein Drängen herbeigeführte Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner.

### *Das Gericht*

Vorsorglicherweise wurde das Schwurgericht in Leipzig so zusammengesetzt, daß eine Verurteilung der Führung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gesichert erschien. Präsident des Schwurgerichts war Bezirksgerichtsdirektor von Mücke. Die Geschworenen waren ausschließlich Junker oder Angehörige des Bürgertums.

Doch selbst dieses klassenmäßig eindeutig reaktionär zusammengesetzte Schwurgericht konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, den die Haltung der drei Angeklagten und ihre glänzende Verteidigungstaktik auf sie ausübte. Der Präsident von Mücke griff zu den brutalen Mitteln des Rechtsbruches, der Verletzung der Prozeßordnung, um den Prozeßverlauf in dem von seinen Auftraggebern gewünschten Sinne zu sichern. Das war keine leichte Aufgabe, weil die Angeklagten wie ihre Verteidiger jeden Punkt der Anklageschrift zerfetzen, so daß vor aller Welt sichtbar wurde, es handelt sich nicht um die Bestrafung irgendwelcher angeblich strafbarer Handlungen, sondern um die Bestrafung der sozialistischen Gesinnung.

### *Die Anklage*

Die Staatsanwaltschaft mußte zugeben, daß Liebknecht und Bebel eine Politik im Interesse des werktätigen deutschen Volkes, im Interesse der deutschen Nation geführt haben. Zu den

Anklagepunkten gehörte die gerichtliche Feststellung, daß Bebel und Liebknecht auf dem Nürnberger Vereinstag deutscher Arbeiter im September 1868 den Eintritt in die von Karl Marx und Friedrich Engels gegründete I. Internationale, die Internationale Arbeiterassoziation, propagiert hatten. Dieser 5. Deutsche Arbeitertag hatte sich nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft deshalb gegenüber den herrschenden Gesetzen schuldig gemacht, weil er in Übereinstimmung mit der Internationalen Arbeiterassoziation für die Befreiung der arbeitenden Menschen durch die arbeitenden Menschen selbst eintrat und ferner die politische Freiheit als die unentbehrliche Vorbedingung zur wirtschaftlichen Befreiung der arbeitenden Klassen bezeichnete, die nur möglich ist in einem demokratischen Staat.

Als besonders belastend betrachtete die Anklage einen Artikel im „Demokratischen Wochenblatt“ (einem Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands), in dem als nächstes Ziel des Kampfes gestellt wurde:

„... der ungeteilte deutsche Volksstaat auf breitester demokratischer Grundlage, mit beschließendem Parlamente und demokratischer Spitze!“<sup>1</sup>

Ja, „Der Volksstaat“ (das zweite Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) hatte es gewagt, die sozialdemokratische Republik als gemeinsames Ziel der Arbeiter aller Länder aufzustellen.

Auch der Abdruck des berühmten Gedichtes von Ferdinand Freiligrath über die Pariser Julischlacht 1848 mit den letzten Zeilen:

„Ich werde sein und wiederum voran den Völkern werd' ich geh'n,

Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich steh'n!“<sup>2</sup>

erschien der Staatsanwaltschaft als weiterer Beweis der hochverräterischen Bestrebungen der Angeklagten.

Auch das trotzige Bekenntnis der Parteiführung zur Pariser Kommune, das sich in den Worten ausdrückte:

<sup>1</sup> „Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner, 11. bis 26. März 1872“, Berlin 1894, S. 82.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 86.

„Wir sind und wir erklären uns solidarisch mit der Kommune und sind bereit, jeder Zeit und gegen jedermann die Handlungen der Kommune zu vertreten“<sup>1</sup>,

fehlte nicht in der Anklageschrift.

Aus allen diesen und weiteren Gründen konstruierte der Staatsanwalt den Tatbestand, daß die Angeklagten fortlaufende Handlungen in der Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens begangen haben, um die bestehende Staatsordnung mit Gewalt zu stürzen.

### *Der Gerichtssaal wird zum Lektionssaal*

Bei einer derartigen Anklage hielten es Liebknecht, Bebel und Hepner für geboten, mit Hilfe der Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung den Standpunkt der Sozialdemokraten vor dem Gericht klar und eindeutig darzulegen. Sie fanden darin bei den Geschworenen großes Entgegenkommen, da diese zum ersten Male Gelegenheit hatten, „aus erster Hand“, ohne in den Verdacht zu geraten, sich für sozialdemokratische Ideen zu interessieren, die sozialistische Lehre kennenzulernen. Auch das Gericht hielt sich für bemüßigt, als Belastungsmaterial eine Anzahl Dokumente zur Verlesung zu bringen, ohne dabei zu bemerken, wie sehr es damit der sozialdemokratischen Agitation diene.

Zu den Dokumenten, die in den vierzehntägigen Verhandlungen zur Verlesung kamen, gehörten folgende:

1. Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, beschlossen auf dem Kongreß in Eisenach 1869.
2. Das Manifest der Kommunistischen Partei.
3. Die Inauguraladresse von Karl Marx.
4. Der Bericht Wilhelm Liebknechts auf dem Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel 1869.
5. Das Manifest des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 5. September 1870 mit der Forderung nach dem Abschluß eines ehrenvollen Friedensvertrages mit Frankreich ohne Annexion.

<sup>1</sup> Ebenda.

6. Eine 47 Seiten umfassende Broschüre von August Bebel unter dem Titel „Unser Ziel“.

7. Eine Broschüre von Wilhelm Liebknecht aus dem Jahre 1869 über das von Bismarck diktierte allgemeine Wahlrecht mit der Feststellung: „Also nicht als Hebel der Demokratie, sondern als Waffe der Reaktion wurde das allgemeine Stimmrecht oktroyiert.“

Auch das Vorwort von Karl Marx zum „Kapital“ wurde wörtlich zitiert. Die Mitgliedskarte der Internationalen Arbeiterassoziation wurde herumgereicht, proletarische Lieder rezitiert, Solidaritätsresolutionen an die französischen und österreichischen Arbeiter zur Kenntnis gegeben, die Stellungnahmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen Lassalle an Hand von Dokumenten präzisiert. Bebel und Liebknecht nahmen die Gelegenheit wahr, oft den ganzen Inhalt ihrer Reden wiederzugeben und konnten auf diese Weise im ständig überfüllten Gerichtssaal die Politik der Partei ausführlich in stundenlangen Reden darlegen.

Besonderes Gewicht legten Bebel und Liebknecht darauf, ihre feste Verbundenheit mit Karl Marx und Friedrich Engels nachdrücklichst zu betonen. Liebknecht bezeichnete wiederholt Karl Marx als seinen langjährigen Freund und Lehrer.

Auf diese Weise erreichten Bebel und Liebknecht, daß vor dem Forum der Vertreter der bedeutendsten Zeitungen Deutschlands die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu den wichtigsten grundlegenden Fragen und zu sehr aktuellen Problemen bekannt wurde.

### *Ein hilfloser Präsident*

Der Präsident des Schwurgerichts, Herr von Mücke, gab sich zwar redlichste Mühe, durch seine brutale Verhandlungsweise eine gute Note von seinen Auftraggebern zu erhalten. Das gelang ihm ebensowenig wie ein halbes Jahrhundert später seinem Kollegen, Präsident des Leipziger Reichsgerichtes, in dem Prozeß gegen Dimitroff. An der Überlegenheit der Angeklagten, an ihrer zwingenden Logik, an ihrer umfassenden Kenntnis der Geschichte und der Politik und selbst der Prozeßordnung scheiter-

ten alle Versuche des Präsidenten, die Rechte der Angeklagten zu strangulieren.

Schon am zweiten Verhandlungstag mußte der Präsident in äußerster Erregung feststellen, daß ihn Wilhelm Liebknecht überrumpelt hatte. Die Überrumpelung bestand darin, daß Wilhelm Liebknecht vor dem Gericht die Zeugen des Staatsanwaltes als gerichtsnotorische Spitzel und Lumpen entlarvte. Zu Bebel äußerte er am dritten Verhandlungstag, daß er anscheinend die Absicht habe, mehr zu seinen Parteigenossen als zum Gerichtshof und zu den Herren Geschworenen zu sprechen. Ungeachtet dieser Feststellung ließ sich Bebel in seiner Verteidigungstaktik in keiner Weise beirren.

Der Präsident ließ sich immer wieder zu Äußerungen hinreißen, daß die Angeklagten „ihn nicht überzeugt hätten“. Angeklagte und Verteidiger konnten mit vollem Recht derartige Bemerkungen als den Versuch brandmarken, die Geschworenen zu beeinflussen. Bei diesen zugespitzten Auseinandersetzungen entschlopfte dem Präsidenten das Eingeständnis:

„Wenn Sie abermals betont haben, daß Sie nicht schon früher angeklagt worden, so habe ich Ihnen schon bemerkt, wie ich zugebe, daß sich aus dem einen oder anderen Artikel, *für sich allein betrachtet*, nicht die Anklage begründen läßt, daß aber aus der Zusammenwirkung dieser sämtlichen Artikel, in Verbindung mit anderen Tatsachen, die Anklage hervorgegangen ist.“<sup>1</sup>

Wilhelm Liebknecht erkannte sofort die politische Bedeutung dieser Worte und erwiderte:

„Das bedeutet also, was ich bereits gesagt, daß die Quantität die Qualität ersetzen soll. *Ein* Artikel ist straflos, *zehn* Artikel aber, von denen jeder einzelne straflos ist, ergeben ein Verbrechen. Oder will man etwa sagen: zehn Lügen machen einen Diebstahl, zehn Diebstähle einen Mord, also hundert Lügen einen Mord?“<sup>2</sup>

Das Prozeßprotokoll verzeichnet an dieser Stelle Bravorufe aus dem Publikum und einen entsprechenden Verweis des Präsidenten für das Publikum.

<sup>1</sup> Ebenda, S. 363.

<sup>2</sup> Ebenda.